

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. **77**

Nov./Dez. 2015



**Flucht: „gehen – ging – gegangen“
Klumpenrisiko und Einwohnerveredelung**

INHALT

„Etwas besseres als den Tod findest du überall“	
Erstmal nur in Zelten und Notunterkünften	3
Vom Klumpenrisiko und Einwohnerveredelung	
Haushalt 2016 – nix geht mehr	5
Endlich ein Ende beim Nordwall-Projekt?	
Haushalt wird Verschiebebahnhof	7
Mehrheit im Dialogforum für Bestandsausbau	
„and the winner is ...“: die Alpha-Variante	8
Kuratorium Militärluftfahrt, Weltraum und Heide	
Paradebeispiel für Rüstungslobbyismus	10
Grenzen zu für Waffen - Grenzen auf für Flüchtlinge	
Kunstaktion zum Antikriegstag 2015	11
Meldungen	12
Laternengespräche	
„Ärger, weil ihnen das Essen nicht gefällt“	14
Resolution der niedersächsischen Flüchtlingsinitiativen	
Nicht hinnehmbare Asylrechtsverschärfung	16
Ende der Humanität im Umgang mit Flüchtlingen?	
Abschiebungsversuch im Morgengrauen	17
„Jedermann“ und seine/ihre Rechte	18
Klimaaktionstag vor der COP 21	19
Im Wald & auf der Heide	20
Gewerkschaftlicher Widerstand gegen den NS	
Hans Funger (1891-1945)	21
Tony Spinner – Earth Music for Aliens	23
Interview zur Kampagne „Feuerwehr für Rojava“	24
Gegen die Bevormundung von Frauen	
Kein Gott – kein Staat – kein Patriarchat	26
Veranstaltung: Kriegsdienstverweigerung in Israel	28
Landraub – Film zu Landgrabbing im achteinhalb	29
Termine: Kino, Politik & Kultur	ab 30



„Du kennst mich doch, ich hab' nichts gegen Fremde.
Einige meiner besten Freunde sind Fremde. Aber diese
Fremden da sind nicht von hier!“
Methusalix

Die Festung Europa ist zur Zeit durchlässiger, als wir es für möglich gehalten haben. Und Deutschland ist ins Zentrum der Fluchtbewegung aus den Kriegs- und Armutsregionen gerückt. Wie 1989/90 haben viele von uns das Gefühl einer „Zeitenwende“ - ob es eine ist und wohin die Reise geht, ist aktuell jedoch kaum zu sagen. Deshalb unser Titelbild.

Von 1949 zum Bau der Mauer hatten 2,7 Millionen DDR-Bürger*innen rübergemacht. Das Ende der DDR wurde von der zweiten Abwanderungswelle begleitet. Die Massenflucht der Jahre 1988/89 über das befreundete Ausland (Ungarn, CSSR, Polen) führte bis Ende 1989 rund 880.000 Menschen in den Westen. In den folgenden vier Jahren verließen 1,4 Mio. Bürger*innen ihre ostdeutschen Herkunftsländer.

Ist der Westen Deutschlands das Paradies? Aus der Ferne betrachtet wohl ja. Die Realität war auch für viele Bürger*innen der DDR dann eine andere. Für die jetzt nach Deutschland Flüchtenden wird diese Erfahrung erheblich bitterer sein.

Was kann in dieser Zeit der Job sein von Bewegungslinken? Mal wieder die uneingelösten Ideen von "Freiheit - Gleichheit - Solidarität" in Stellung bringen gegen die Verwertungs- und Nützlichkeitservägungen des kapitalistischen Alltags? Ja.

Unsere nächste Ausgabe erscheint wie üblich erst im Februar - bis dahin

Eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Café Wichtig,
Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Rio's, Morlock

Was Besseres als den Tod findest du überall

Anfang Oktober befanden sich in Celle zwischenzeitlich rund 2.000 Geflüchtete in Notunterkünften. Das für die Unterbringung zuständige Land Niedersachsen nutzte hierfür zwei eigene Liegenschaften und nahm die „Amtshilfe“ der Bundeswehr in der Immelmann-Kaserne in Wietzenbruch in Anspruch. Im Oktober beschloss der Stadtrat, zusätzlich für das Land auf dem ehemaligen Kasernengelände „Hohe Wende“ eine Erstaufnahmeeinrichtung betreiben zu wollen. Während die Notunterkunft in der Landesfeuerwehrschule am „Bremer Weg“ zwischenzeitlich wieder geschlossen ist, bleibt die Notunterkunft in Scheuen bestehen, auch wenn es zur Nutzung der „Hohen Wende“ kommt.

Seit Ende August, heißt es in einer Pressemitteilung des Innenministeriums, habe Niedersachsen über 30 Notunterkünfte eingerichtet. Hier und in den Einrichtungen der Landesaufnahmebehörde befanden sich Anfang Oktober rund 24.000 Menschen. Bis zum Jahresende beabsichtige das Land, weitere Notunterkünfte mit einer Gesamtaufnahmekapazität von mindestens 10.000 zusätzlichen winterfesten Plätzen zu schaffen.

Als eine der ersten Notunterkünfte wurde am ersten Septemberwochenende auf dem ehemaligen Kasernengelände in Scheuen ein Zeltlager aufgebaut. Zunächst für 500 Geflüchtete geplant, ist das Camp zeitweilig auf knapp 1.000 Menschen angewachsen.

Scheuen wurde ausgewählt, weil das Gelände dem Land gehört. Hier soll in den kommenden Jahren ergänzend zum Lehrgangsbetrieb am Bremer Weg ein Übungsgelände für die Niedersächsische Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) entstehen. Die „Freiherr-von-Fritsch“-Kaserne war 2006 von der Bundeswehr aufgegeben worden; seitdem wurden wohl sämtliche Mannschaftsunterkünfte und auch andere Gebäude derart von „Metallräubern“ geplündert, dass sie nicht nur nicht nutzbar, sondern sogar einsturzgefährdet sind. (Unglaublich, wie Bund bzw. Land ihre Liegen-

schaften verfallen lassen.) Deshalb jedenfalls – um eine der vielen Fragen zu beantworten – „musste“ nun ein Zeltlager entstehen.

Der Betrieb des Lagers wurde in die Hände der Hilfsorganisation „Malteser“ (der Diözese Hildesheim) gelegt, die beim Aufbau durch andere Hilfsorganisationen wie DLRG, DRK, THW und Feuerwehr unterstützt wurden. An einem Wochenende wurden etwa 60 Zelte mit Holzfußböden aufgebaut, eine große Halle wird für die Essensausgabe genutzt. Das AKH liefert das Essen. Der Sanitärbereich bestand anfangs aus 40 Dixitoiletten und 20 Duscmöglichkeiten und dürfte jetzt erweitert sein.

Selbstverständlich (und zu Recht) sind die Hilfsorganisationen stolz darauf, das alles so schnell hinbekommen zu haben. Aber: *„Wir bauen hier keine Winterzeltstadt auf“* – so Jens Engel, stellvertretender Geschäftsführer der Malteser. Im Winter bräuchten die Geflüchteten andere Unterkünfte. Zunächst einmal aber wurden Zeltheizungen gelegt. – Erstaunlicherweise antwortete das Innenministerium auf eine Frage von FDP-Abgeordneten Mitte Oktober (*„Wie viele Flüchtlinge sind aktuell an welchem Standort in nicht winterfesten Unterkünften untergebracht?“*) mit der Zahl 1.520, ohne bei den Standorten Celle-Scheuen zu erwähnen.

„Winterfest“ gemacht wurde das Lager dann mit 4 x 4 Meter großen „Mobile Homes“ mit Elektroheizung. Darin sollen dann jeweils vier bis sechs Personen untergebracht werden.

Die äußerst provisorische sanitäre Situation bleibt, die Enge bleibt, die Ungewissheit bleibt. Allerdings gibt es inzwischen eine gewisse Fluktuation. Fast jeden Tag werden Geflüchtete auf Kommunen verteilt, und fast täglich kommen Menschen neu in Scheuen an.

Das Land Niedersachsen beabsichtigt nicht, das Notaufnahmelager in Scheuen aufzulösen – auch nicht, wenn die Stadt demnächst in der „Hohen Wende“ eine





Erstaufnahmeeinrichtung für vielleicht 250 - 500 Menschen betreiben wird.

Anfang Oktober machte das Land den Kommunen den Vorschlag, Erstaufnahmeeinrichtungen gegen volle Kostenerstattung im Auftrag des Landes zu betreiben. Stephan Manke, Staatssekretär im Ministerium für Inneres und Sport, sicherte weiter folgendes zu: „Das ist für die Kommunen attraktiv, da bei der anschließenden Verteilung noch stärker auf örtliche Zusammenhänge Rücksicht genommen werden kann, außerdem findet eine Anrechnung auf die Aufnahmequoten statt.“ (Zur Anrechnungsfrage hat sich die Verwaltung bis zum Redaktionsschluss nicht öffentlich geäußert.)

Die Celler Verwaltungsspitze legte schon in der zweiten Oktoberwoche dem Rat einen Beschlussvorschlag vor, der die Gründung einer Betriebsführungs gGmbH bzw. einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) vorsieht. Über diese Tochtergesellschaft sollen zunächst Gebäude im nordwestlichen Teil des ehemaligen Kasernengeländes bezugsfertig gemacht werden, wofür zwei – drei Monate angesetzt werden. Grundstückseigentümerin ist die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA). Diese soll die Herrichtungskosten tragen. Für die Belegung erhält die Stadt Celle dann vom Land als Abschlagszahlung einen „Tagessatz“ von 45 Euro pro Person.

Im Ungefähren blieb bis zum Redaktionsschluss auch der Charakter der sogenannten „Erstaufnahme als Notunterkunft“ (so die Ratsvorlage). In der Pressemitteilung des Landes ist von „Erstaufnahmeeinrichtungen“ die Rede; dann würde es sich dann um Einrichtungen wie die in Friedland, Bramsche oder Braunschweig handeln.

Insgesamt dürften aber die Asylrechtsverschärfungen (siehe Artikel auf S. 16) in der neuen Celler Einrichtung gelten: Geflüchtete müssen bis zu sechs Monate in Aufnahmeeinrichtungen verbringen. Für Personen aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten gilt diese Lagerpflicht



unbegrenzt. In den Lagern werden längerfristig also vor allem jene festsitzen, die abgeschoben werden sollen. Behiye Uca (Die Linke) hat dies in der Ratsitzung als „Kehrseite der Willkommenskultur“ gekennzeichnet.

Weiter sieht das geänderte Asylbewerberleistungsgesetz zwingend vor, in Aufnahmeeinrichtungen künftig auch den „notwendigen persönlichen Bedarf“ (das so genannte Taschengeld) „soweit wie möglich“ durch Sachleistungen zu decken. D.h., die Menschen in diesen Lagern werden noch weniger Autonomie haben. Vor allem wird den Geflüchteten durch Sachleistungen oder Gutscheine faktisch die Möglichkeit genommen, sich bei ihrem Asylverfahren juristisch begleiten zu lassen. Denn Rechtsanwält*innen lassen sich mit Gutscheinen nun einmal nicht bezahlen. Aber ohne anwaltliche Vertretung sinkt in vielen Fällen die Bleibechance gen Null.

Eher kurios mutet vor diesem Hintergrund der Ratsbeschluss an, wonach die Betreibergesellschaft „Ausbildungs- und Qualifizierungsangebot für Flüchtlinge in Kooperation mit BA, VHS, DAA, BBS, IHK, HWK und anderen [...] organisieren“ soll. Integrationskurse wie alle anderen Bildungsangebote werden gesetzlich ausdrücklich nur für jene „mit guter Bleibeperspektive“ eröffnet. Die aber werden rasch auf die Kommunen verteilt. Und wir wünschen viel Spaß dabei, den Anderen das zu erklären. Und auch, dass ihre Kinder keine Schule besuchen dürfen, solange sie in Erstaufnahmeeinrichtungen leben, konterkariert jeden Integrationsansatz.

Die „Zivilgesellschaft“ (inklusive vieler Ehrenamtlicher) hat sich auch in Celle bisher als schützender Damm gegenüber Rassismus erwiesen. Leider wollen viele der ehrenamtlichen Helfer*innen von „Politik“ nichts wissen. Ob sich das ändert, wenn die von ihnen betreuten Flüchtlinge erst abgeschoben werden, wird sich zeigen. Wer eine solidarische Haltung gegenüber den Geflüchteten leben will, hat „die“ Landes- und Bundespolitik nicht zum Freund, sondern zum Gegner. Die Asylrechtsverschärfung ist beherrscht von der Linie, dass jene bleiben sollen, die „uns“ nützen, und jene gehen sollen, von denen die Regierenden meinen, sie würden „uns“ nur ausnützen. Aber das können „wir“ ja in der Tat seit über 500 Jahren am Besten: Uns überall nur das Beste nehmen, egal ob Menschen oder Natur. Was übrigens zu den wesentlichen Gründen gehört, warum die Menschen jetzt zu „uns“ kommen.

Vom Klumpenrisiko und Einwohnerveredelung

Die Krise in der Erdölindustrie hat gravierende Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Celle. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer der Betriebe dieser Branche brechen im nächsten Jahr weiter ein. Die im letzten Haushalt getroffene Annahme von Einnahmen in Höhe von 50,6 Mio. Euro muss die Verwaltung bei ihrem Entwurf für 2016 jetzt um 9,6 Mio. auf nunmehr 41 Mio. Euro korrigieren. Und es kann noch finsterner werden. Die Bemühungen von Rat und Verwaltung, zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen, sind – auch mittelfristig – gescheitert. Wahrscheinlich liegen die Werbebroschüren noch aus, in denen sich Celle als „Stadt mit Energie“ anpreist und als „Sitz leistungsstarker und zukunftsorientierter Unternehmen“ aus der Erdöl- und Erdgas-Zulieferindustrie. Was noch vor kurzem als Celles Zukunft verkauft wurde, gilt jetzt als „Klumpenrisiko“ – diesen Begriff aus dem Bankwesen hat der neue Stadtkämmerer Thomas Bertram in den „Vorbericht zum Haushaltsplan“ einfließen lassen.

Statt die lokale Finanzkrise in den Griff zu bekommen, geht's also in eine neue Krisen-Runde. Und nachdem im Rahmen der Haushaltskonsolidierung eigentlich alles auf den Prüfstand gekommen war, schlägt die Verwaltung jetzt im Wesentlichen zwei Maßnahmen vor: 1.) Erhöhung der Realsteuern, 2.) Verschiebung von investiven Maßnahmen in die Folgejahre.

Zu den wenigen Einnahmepositionen, die Städte und Gemeinden eigenständig beeinflussen können, gehören die sogenannten „Realsteuern“. Das sind u.a. die Gewerbesteuer sowie die Grundsteuer A und B. Wer diese Steuern anhebt, macht sich keine Freunde. Insoweit ist es ein Zeichen für die Tiefe der Krise, dass die Verwaltungsspitze genau dies vorschlägt. Im nächsten Jahr und auch 2017 soll der Gewerbesteuerhebesatz um je 20 Prozentpunkte angehoben werden. Damit sollen zusätzlich rund 1,8 bzw. ab 2017 knapp 3,7 Millionen zusätzlich pro Jahr eingenommen werden. Für die Steuerpflichtigen bedeutet eine Anhebung um 20 Punkte eine Mehrbelastung von ca. 4,8 % auf den bisherigen Steuerbetrag – in absoluten Zahlen 48,80 Euro je 1.000 Euro bisheriger Steuerlast zusätzlich.

Das Problem dabei ist, dass sich die Städte und Gemeinden mit der Festsetzung der Gewerbesteuerhöhe in einen Wettbewerb begeben. Beim Buhlen um die Ansiedlung von Betrieben hilft ein niedriger Hebesatz. In diesem „Wettbewerb“ liegt Celle bei vergleichbaren Städten aber nach wie vor nicht an der negativen Spitze. Celles Hebesatz soll auf 430 bzw. 450 Punkte steigen. Lüneburg liegt aktuell bei 420, Göttingen bei 430, Hildesheim bei 440 und Hameln bei 455.

Die Grundsteuer A steht für „agrarisches“ und betrifft land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen, das B

steht für „baulich“ und gilt für alle übrigen bebauten oder unbebauten Grundstücke.

Die Anhebung der Grundsteuer A um 40 Hebesatzpunkte bringt gerade mal 12.500 Euro mehr in die Stadtkasse. Die Grundsteuer B betrifft aber alle Immobilienbesitzer*innen. Die Erhöhung um 20 Hebesatzpunkte summiert sich hier auf 550.000 Euro pro Jahr. Für die einzelnen Steuerzahler*innen handelt es sich um eine Erhöhung um 4,5 %.

Aber selbst diese Steuererhöhungen können den konjunkturellen Gewerbesteuereinbruch nicht kompensieren. So erwartet die Verwaltung für das Jahr 2016 insgesamt ein Minus von rund 12,5 Millionen Euro. Schlimmer sah es noch in keinem anderen Haushaltsjahr aus.

Durch die Realsteuererhöhungen errechnet die Verwaltung aber ab 2017 ein positives Saldo aus der laufenden Verwaltungstätigkeit. Was heißt das? Bei einem Privatmenschen wäre das in etwa die Situation, wo die laufenden Ausgaben durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden können. Zu diesen laufenden Ausgaben zählen aber nicht die Zins- und Tilgungszahlungen für Kreditverträge. Um diese zu bedienen, braucht es also ein Plus. 2017 soll dieses Plus rund 5 und in den beiden Folgejahren rund 7 Millionen Euro betragen. Aber das



Ergebnishaushalt (in Mio. Euro)

Erträge- und Aufwendungen	Ergebnis 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
ordentliche Erträge	203,6	209,4	207,4	218,1	222,1	226,9
ordentliche Aufwendungen	211,9	216,8	219,2	223,0	226,1	231,5
ordentliches Ergebnis	-8,3	-7,4	-11,8	-5,0	-4,0	-4,6
außerordentliche Erträge	5,0	0,5	0,1	0,1	0,1	0,0
außerordentliche Aufwendungen	1,0	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7
außerordentliches Ergebnis	4	-0,3	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7
Jahresergebnis	-4,3	-7,7	-12,5	-5,6	-4,6	-5,2

reicht längst nicht für einen Haushaltsausgleich. Unterm Strich stehen 2017 rund 5,6 Millionen, 2018 bei 4,6 sowie 2019 bei 5,2 Millionen Euro Miese.

Die Konsequenz könnte sein, Investitionen auf den Prüfstand zu stellen. Das haben Verwaltung und Rat gerade – und mit Blick auf die sich verschlechternde Lage – mit dem Nachtragshaushalt 2015 gemacht. Wie? Es wurde nichts gestrichen, sondern nur in die Folgejahre verschoben. Absurde Projekte wie der gegenläufige Ausbau des Nordwalls belasten den Haushalt so zwar nicht im nächsten Jahr, aber stehen weiter für das Jahr 2018 in den Planungsansätzen.

Die strittigste zusätzliche Belastung steht aber wohl bei den Kita-Gebühren an. Rund 550.000 Euro zusätzlich will die Stadt pro Jahr einnehmen, indem die Eltern nicht mehr mit 25 %, sondern mit 30 % an den Kita-Kosten beteiligt werden. Ein Entwurf für eine Gebührensatzung, in der die Auswirkungen konkret beziffert werden, gibt es noch nicht.

Auch viele, offen gebliebene kleinere und größere Positionen aus der letzten Konsolidierungsrunde stehen erneut auf der „Spar“-Liste.

Dass die Stadt sich der „Schuldenbremse“ in diesem Jahrzehnt noch annähert, ist jedoch so gut wie ausgeschlossen. Zwar sind Kompensationen über die Schlüsselzuweisungen des Landes und bei der Kreisumlage des Landkreises zu erwarten. Aber beim Finanzausgleich insgesamt droht neuer Unbill bei anstehenden Neubewertungen; im „Vorbericht zum Haushalt“ ist bezüglich entsprechender Überlegungen durch das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung zu lesen: „In einem der bewerteten Szenarien wurden Anpassungen der Gleitwerte bei der Gewerbesteuer im Zusammenhang mit der Einwohnerveredelung diskutiert. Sollte sich dieses Szenario als Handlungsoption durchsetzen, werden sich hieraus deutliche Verschlechterungen für die Haushaltssituation in Celle ergeben.“ Tja, so eine Einwohnerveredelung ist halt nicht für lau zu haben.

Mit Fracking aus der Krise?

So schön die Gewerbesteuer sein kann, wenn sie fließt (siehe Wolfsburg oder Stuttgart), so kritisch wird es bei Einbrüchen in den sie tragenden Branchen. In Wolfsburg richtet man sich nach dem VW-Betrug aufs Schlimmste ein, und in Celle hängt der Haushalt hängt auf Gedeih und Verderb an der Erdöl- und Erdgasindustrie.

Mitte Oktober verabschiedeten OB Mende, Landrat Wiswe, die beiden Wahlkreisabgeordneten Otte und Lühmann sowie sieben (Gesamt-)Betriebsratsvorsitzende von hier ansässigen Unternehmen eine „Celler Erklärung“. Obwohl kein Adressat genannt wird, geht es im Wesentlichen doch nur darum, dass der Bundestag aufgefordert wird, endlich das Fracking-Gesetz zu verabschieden – und zwar in entschärfter Form: „Wir brauchen klare Regelungen: Das Fracking-Gesetz muss endlich auf den Weg gebracht werden.“

Im Juli hatten CDU/CSU und SPD die Gesetzesverschiebung vertagt, weil die CDU/CSU beim unkonventionellen Fracking mehr Probebohrungen zuzulassen will als die SPD. Unterschiedliche Sichtweisen gibt es auch dabei, ob 2018 eine „Expertenkommission“ oder der Bundestag in Einzelfällen kommerzielles Fracking die Zustimmung erteilen soll.

Mitte September hatte der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von ExxonMobil, Kai Kuhlmann, auch Unterzeichner der Celler Erklärung, ganz klar gefordert: „Dabei geht es nicht darum, dass man nach dem jahrelangen politischen Hickhack für wenige Jahre die Förderung aus den so genannten konventionellen Lagerstätten fortsetzt. Um ehrlich zu sein: Konventionell würde den „Tod“ der Branche nur verlängern aber nicht verhindern. Die Vorkommen reichen nur noch wenige Jahre, Erdgas aber wird auch in Deutschland weit länger benötigt werden. Die Chance für Niedersachsen und die Branche liegt im Schiefergestein.“

Wer sich mit Branchenkundigen unterhält, weiß allerdings,

weiter Seite 7 unten

Endlich ein Ende beim Nordwall-Projekt?

Vor dem Jahr 2018 wird mit dem gegenläufigen Ausbau den Nordwalls nicht begonnen; das beschloss der Rat mit dem Nachtragshaushalt 2015. Dabei hatte der ehemalige Stadtbaurat Hardinghaus schon 2012 mal den Abrissbagger angekündigt. Und von Jens Hanssen, im Rathaus Fachbereichsleiter für öffentliche Einrichtungen, war Anfang 2014 zu hören, dass man vielleicht auch 2015 nicht bauen könne: „Aber danach müsste man losbauen – sonst kann man den Deckel zuklappen.“ Es lohnt sich so gesehen fast nicht mehr, noch Wetten gegen die Realisierung des Nordwall-Projekts abzuschließen.

Die desaströse Haushaltslage der Stadt Celle ist seit Jahren bekannt. Trotzdem wollen einige Ratsfraktionen ihre Luftschlösser nicht aufgeben, allen voran dabei zuletzt die SPD und die Bündnisgrünen. Nicht einmal die Tatsache, dass Oberbürgermeister Mende sich schon zweimal genötigt sah, bereits im Sommer Haushaltssperren zu verhängen, konnte diese Träumereien beenden.

So bedurfte es jetzt der Intervention des Niedersächsischen Innenministeriums. Kommunen müssen sich ihre Haushalte dort genehmigen lassen. Und aus Hannover wurde jetzt eine Auflage gemacht: Celle soll bei den Investitionen endlich mal realistisch werden und dies in Nachtragshaushalt erkennen lassen. Für die Jahre 2014 bis 2017 legte das Innenministerium als Gesamthöchstgrenze für Kreditermächtigungen eine Summe von 71 Millionen fest. Also blieb Stadtkämmerer Thomas Berttram kaum anderes übrig, als den Investitionshaushalt zu einem Verschiebebahnhof zu machen. Denn sich hochzufiziell von einem der teuren Luftschlösser zu verabschieden, will (noch) niemand dem Rat zumuten.



Trotzdem: „Geschoben ins Jahr 2018“ - das heißt für den Nordwall-Ausbau aber fast sicher, dass sich das Projekt erledigt hat. Ebenso dürfte es sich bei der (hier und da lästerlich so genannten) „Mende“-Halle verhalten, also jener von Oberbürgermeister ins Gespräch gebrachten Mehrzweckhalle neben dem Badeland.

Bereits für den Herbst 2014 hatte man im Rathaus ja auch ein Lärm- und ein Luftschadstoffgutachten für den

Nordwall angekündigt – bis heute hat die Öffentlichkeit davon nichts mehr gehört. Die Ergebnisse wären nicht unwichtig, war doch der Nordwall immer Celles Hotspot bezüglich der Feinstaubbelastung. Jetzt bekämpft man erst einmal die nächtliche Raserei: Zwischen 22 Uhr und 6 Uhr soll zwischen Theo-Wilkens-Straße und Neumarkt Tempo 30 gelten.



Fortsetzung: Mit Fracking aus der Krise

dass Schiefergas-Fracking in Deutschland die Krise nicht lösen kann. Viel wichtiger sind Faktoren wie der Erdölpreisverfall oder die Sanktionspolitik gegenüber Russland. Und auch Halliburton wird die Entscheidung darüber, ob nach der Fusion mit Baker Hughes der Standort Celle plattgemacht wird, nicht von dem Fracking-Gesetz im Bundestag abhängig machen.

Es verwundert ein bisschen, dass die „Celler Erklärung“ so gar kein Klimaargument bemühen. Schließlich ist doch eigentlich Standard zu betonen, dass Erdgas, wo es Kohle und Öl ersetzt, weniger klimaschädlich ist. Entweder ist die „Drill, baby, Drill“-Fraktion die Klimadebatte scheißegal (was anzunehmen ist), oder sie kennt das wesentliche klimapolitische Argument gegen unkonventionelles Schiefergas-Fracking: Dabei wird nämlich bis zu 30 % mehr klimaschädliches Methan freigesetzt als bei der konventionellen Förderung konventionellen Erdgases. Unter klimaschutzpolitischen Aspekten gibt es also keinen einzigen vernünftigen Grund, „unkonventionelles Erdgas“ zu fördern, solange es konventionell gefördertes gibt.

Bis der Ölpreis wieder steigt, passiert vor allem eins: „Marktberreinigung“ heißt der beschönigende Begriff dafür, dass Betriebe nicht genug Rendite abwerfen und deshalb vom Markt verschwinden. Und die Beschäftigten können sich dann für einen mehr oder weniger langen Zeitraum mit den Formularen von Arbeitsagentur oder Jobcenter herum-schlagen. So ist das im Kapitalismus.

„and the winner is ...“: die Alpha-Variante

Unter dem Motto „Die Stunde der Wahrheit im Kampf gegen den Neubau“ ruft das Aktionsbündnis gegen Trassenneubau dazu auf, während der letzten Sitzung des Dialogforum Schiene Nord am 5.11. um 12 Uhr vor der CongressUnion zu demonstrieren. „Warum denn das?“, werden sich Viele fragen. „Ist die Alpha-Variante denn nicht beschlossene Sache?“

Im Prinzip „Ja“ (siehe dazu auch den Auszug aus dem Entwurf für das Abschlussdokument auf der nächsten Seite), aber: Kurz vor Abschluss des Dialogforums wollen einzelne Akteure, allen voran Hamburg, neben der Alpha-Variante zusätzlich eine Neubaustrecke durchsetzen. „Leider wiegen sich viele Menschen in der Region in Sicherheit“, so Jan-Hendrik Hohls vom Celler Aktionsbündnis. „Sie denken, wenn Alpha kommt, dann kommt kein Neubau. Aber genau das ist ein Trugschluss, wenn Hamburg sich durchsetzt.“ Hohls weist in diesem Zusammenhang auch auf Falschmeldungen hin, wonach man sich auf einen Kompromiss eingelassen habe und möglicherweise doch Neubau-Ergänzungen akzeptiere. Die Wahrheit sei, dass es keine „Öffnungsklausel“ im Abschlusspapier gebe und dass 90 Prozent der Forumsteilnehmer*innen strikt gegen jede Form von Neubau seien. Mit der Demo solle ein Zeichen gesetzt werden gegen „Lobby-Mauschelei am Ende des Dialogprozesses“ und „scheindemokratische Hinterzimmerpolitik“.

Für den Landesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen e.V. (LBU) hat Eckehard Niemann hingewiesen auf einen eindeutigen Passus in der Abschlusserklärung: „Mit der Entscheidung für die Vorzugsvariante entfallen alle anderen Trassenvarianten und werden nicht weiter verfolgt.“ Bei der Anmeldung von Verkehrsprojekten zum neuen Bundesverkehrswegeplan, so Niemann, werde das Land Niedersachsen deshalb einzig und allein die Vorzugsvariante laut Dialogforum (= Alpha-Variante) anmelden können. Deshalb kommen Neubautrassen nicht zur Geltung, auch nicht die von Hamburg favorisierte Trasse entlang der A 7.

Die Bahn hatte sich schon im April von Neubau-Plänen verabschiedet. Da hatte ihr Logistik-Chef Karl-Friedrich Rausch in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung gesagt: „Für Güterzüge wünschen wir uns so schnell wie möglich eine Nord-Süd-Verbindung von den Seehäfen über Stendal und Passau zu den großen Standorten in der Industrie. Die Strecke ist schon vorhanden, sie könnte durchgehend elektrifiziert werden und ein paar Überholgleise mehr bekommen. Das erfordert zwar eine Milliarde Euro, ist aber deutlich kostengünstiger und schneller zu realisieren als ein Neubau.“

Wahrscheinlich – seien wir ehrlich – ging es im Dialogforum dann vor allem darum zu belegen, dass die Alpha-Variante die prognostizierten Kapazitätsengpässe be-

seitigen würde und wirtschaftlich ist – d.h. der Nutzen nach bestimmten Kriterien die Kosten übersteigt. Dazu bedurfte es Optimierungen und „Abspeckungen“ hinsichtlich der Kosten. Aber das Ziel wurde erreicht.

Der Bahnvertreter erklärte schließlich, dass der Alpha-Variante vom Gutachter des Bundes „eine ausreichende Kapazität für die prognostizierte durchschnittliche Belastung 2030 bestätigt“ wurde und dass zudem weitere „Restkapazitäten auf alternativen Laufwegen“ verfügbar seien. Lediglich für den Fall, dass „das tatsächliche Verkehrsaufkommen die prognostizierten Werte erreicht oder übersteigt und damit die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur überschritten wird“, müsse die Bahn weitere Ausbaumaßnahmen beim Bund beantragen.



Das Dialogforum Schiene Nord hat anscheinend vor allem Gewinner hervorgebracht: die Bürgerinitiativen und Kommunen, die von Neubautrassen betroffen gewesen wären. Die Verlierer sind die Anlieger der Ausbaustrecken, für die Kernpunkte des Abschlussdokuments – wie umfassenden Lärmschutz an allen betroffenen Strecken, die Vermeidung von Flächenzerschneidung und Zerteilung von Orten – kein richtiger Trost sind.

Die BI und Gemeinde Deutsch Evern, das Forum Pro Lebensqualität, Hamburg, die Interessenvertretung gegen den Ausbau der Bestandsstrecke und die Landesverbände von PRO BAHN und VCD haben deshalb ein „Votum für einen zukunftsorientierten Seehafenhinterlandverkehr“ vorgelegt, das auf Neubaustrecken setzt.

Die Vertreter von Stadt und Landkreis Celle im Dialogforum werden die Abschlusserklärung sicher unterschreiben. Allerdings werden dazu aber weder im Stadtrat, noch im Kreistag Gremienbeschlüsse herbeigeführt. Für den Stadtrat hatte Die Linke/BSG eine entsprechende Ratssitzung beantragt. Ohne Erfolg, wie deren Fraktionsvorsitzender Oliver Müller uns mitteilte: „Weder im Rat, noch in irgendeinem Ausschuss wurde ein einziges Mal über den Stand im Dialogforum informiert. Unser Antrag auf Behandlung im Rat wurde – trotz Mahnung – schlicht und einfach nicht behandelt. Ein schlechter Witz angesichts der Bedeutung der Frage.“

Paradebeispiel für Rüstungslobbyismus

Mutig! Das Militär und insbesondere die Bundeswehr öffentlich zu kritisieren, ist immer eine Herausforderung. Anpöbeleien sind da keine Seltenheit – jedenfalls ist das unsere Erfahrung. Eine eher kleine Gruppe aus Faßberg bzw. dem Landkreis zeigte diesen Mut, indem sie am 9. Oktober 2015 nebenstehendes Flugblatt vor dem „Soldatenheim“ in Faßberg verteilte.

Drinne hatte die Gemeinde Faßberg zu einem Forum gebeten, um mit den Bürgern „nach Lösungen für die Zukunft“ zu suchen. Hauptakteur dieses Forums ist das „Kuratorium Faßberg: Militärluftfahrt, Weltraum und Heide“ – ein toller Name, aber doch nur ein schnöder Lobbyclub von Militärs und Rüstungsindustrie. Da ist zum einen die Bundeswehr vertreten mit dem Fliegerhorst Faßberg und dem rund 176 Quadratkilometer



großen Truppenübungsplatz Munster; zum anderen das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt, der Waffenkonzern Rheinmetall und der Airbus-Konzern, der zweitgrößte Rüstungsproduzent Europas (ohne Russland). Und zum dritten – als ziviles Mäntelchen – die Experten der „Lüneburger Heide“.

Das Militär sei nicht nur „größter Arbeitgeber der Region“, sondern „Partner im kulturellen und sozialen Leben“, so die Gemeinde im Internet. „Dieses Gefühl der gegenseitigen Akzeptanz trägt zur Homogenität und hohen Lebensqualität bei.“ Den einen der Lärm, den anderen der Profit. Dem einen das Töten und den anderen die Trauerfeier.

Hans-Dietrich Springhorn aus Faßberg kritisierte die „Militärpropaganda“ im Soldatenheim und die schlechende Militarisation der Gesellschaft: Das Heer pflege zunehmend Partnerschaften mit den einzelnen Gemeinden, spendiere den Schulen Lernmittel und sei selbst auf Familienfesten präsent. „Das Faßberg-Forum ist ein Paradebeispiel für das Verschmelzen von Politik, Bundeswehr und privaten Rüstungsfirmen.“

Frieden schaffen mit weniger Waffen

Wer seine Zukunft in mehr Militär und mehr Rüstung sieht, hat aus der Vergangenheit nichts gelernt

Das jeweilige Ende der Kriege in den letzten 150 Jahren und auch die aktuellen Kriege in Asien, Afrika und Südamerika beweisen es, es gibt nur Verlierer und keine Sieger, mit millionenfachen Leid, Tod, Vertreibung und Flucht. Aber es gibt Gewinner – früher z. B. die „Kanonenbarone“ Krupp, Thyssen etc, heute u. a. die Aktienbesitzer der Hightech-Rüstungsindustrie Airbus, DLR und Rheinmetall.

Wer glaubt, mit dem zynischen Spruch einiger Mitarbeiter der Rüstungsindustrie „unser Brot, der anderen Tod“ heute eine gesicherte Zukunft zu haben, der hat bei der rüstungsstarken Welt aufs verkehrte Pferd gesetzt. Und der Glaube an „Wunderwaffen“ und der Gedanke „Wir sind die Guten, die Besten & Stärksten“ sollte sich gerade für uns Deutsche erübrigen haben.

Arbeitsplätze beim Militär und in der Rüstungsindustrie haben auf Dauer keine sichere Zukunft.

Wo liegen also die Alternativen?

Es ist unstrittig, Militär und Rüstungsindustrie sind aktuell im Raum Munster, Faßberg und Unterlüß wirtschaftlich ein großer und wichtiger Faktor. Unstrittig ist aber auch, dass durch einen Kabinettsbeschluss in Berlin der Faßberger Bundeswehrstandort erneut schrumpfen oder umstrukturiert werden kann. Das gleiche gilt auch bei einer durchaus notwendigen internationalen Waffenexportbeschränkung, dann muss auch in der hiesigen Rüstungsindustrie nach anderen Betätigungsfeldern gesehen werden.

Sich angesichts dieser Ausgangssituation zu einem Faßberger Forum zu treffen, das zum Ziel hat, gerade die Abhängigkeit der Gemeinde von Militär und Rüstungsindustrie zu stärken und zu verbessern, ist weder Ziel führend noch nachhaltig, sondern unlogisch und paradox.

Wichtig und richtig und auch Zukunftsweisend wäre es, sich ausschließlich darüber Gedanken zu machen, wie diese Abhängigkeit reduziert werden kann. Wo entwicklungsfähige Alternativen z. B. im Tourismus, im Handwerk, in der Landwirtschaft aber auch in der Hightechindustrie liegen. Bürgermeister Frank Bröhl sollte sich erkundigen und fragen, welche Erfahrungen haben andere Kommunen in ähnlicher Lage gemacht und welche Lösungswege sind dort eingeschlagen worden.

Zusätzlich darf die Identität und der einmalige und besondere Charakter des alten Heidedorfes Müden als „Perle der Südheide“ nicht in Frage gestellt werden.

Nur Fachleute aus diesen Bereichen helfen weiter und nicht Lobbyisten, Militär- und Rüstungsexperten.

Foto: AeroSpaceDay in Fassberg 2013

Kunstaktion zum Antikriegstag 2015

In Pink verpackt wurde am 1. September, dem Antikriegstag, das sogenannte Artilleristendenkmal am Garnisonmuseum in Celle. Mit dieser Kunstaktion hat die Celler Gruppe „Land in Sicht / Transition“ (LIST) auf das unreflektierte Heldenpathos im öffentlichen Raum aufmerksam gemacht. Für die Initiative erklärte deren



Sprecherin, Lilian Stachel: „Uns leuchtet nicht ein, wie ein in Nazideutschland hergestelltes Denkmal mit Artilleriegeschossen ein Beitrag dazu sein sollte, dem Frieden der Welt zu dienen.“ Diese Forderung aus dem Grundgesetz lasse sich z.B. mit einem Exportverbot für alle Rüstungsgüter verfolgen. Lilian Stachel: „Grenzen zu für Waffenexporte - Grenzen auf für Flüchtlinge, das ist unser Ziel.“ Mit dieser Forderung wurde dann auch der Denkmalsockel versehen.

Mit Waffen aus Deutschland würden bestehende Konflikte angefeuert und die kriegerische Gewalt in die Welt gesetzt, vor der Menschen fliehen. Die EU sichere ihre Grenzen, um die Fliehenden abzuwehren - und den Regierenden in Deutschland scheint vor allem daran gelegen, jene schnellstens abzuschieben, die es trotzdem geschafft haben.

Lilian Stachel: „Die deutsche Rüstungsindustrie verdient ja an beidem. Sie liefert nicht nur Panzer und Kleinwaffen, sie liefert auch Grenzsicherungsanlagen und Überwachungselektronik.“ Vor diesem Hintergrund kritisiere ihre Gruppe auch den sogenannten Celler Dialog, der am 18. und 19. Mai 2016 wieder in Celle stattfinden soll: „Wir haben in der Tat große Zweifel, dass diese Tagung von Rüstungslobbyisten dazu beiträgt, dem Frieden der Welt zu dienen. Da das Grundgesetz aber genau dies verlangt, würden wir uns an diesem Punkt mal Aktivitäten des Bundes- und des Landesamtes für Verfassungsschutz wünschen.“

Dass das Denkmal in Pink verpackt wurden, erklärt die Gruppe LIST übrigens mit dem Hinweis auf die pazifistische Bürgerrechtsbewegung Code Pink, deren Name

eine Anspielung auf das Farbcodesystem der US-amerikanischen Bush-Regierung zum Kriegszustand des Landes ist. Lilian Stachel: „Pink ist für uns die Farbe des Antimilitarismus.“ - Bei der Verhüllung des Denkmals war ein Dutzend dem Anlass entsprechend festlich gekleideter Zuschauer*innen anwesend.

Im Jahr 2005 schrieb die Cellesche Zeitung: „Es ist zweifellos eines der umstrittensten Denkmäler im Celler Stadtbild. Nicht zu unrecht wurden die martialisch aussehenden Artilleristen, die sich an einer Kanone zu schaffen machen, in den 90er Jahren von ihrem alten Standort versetzt. Seit 1936 standen die steinernen Soldaten mit ihrer Feldhaubitze am Eingang zur Cambridge Dragoner Kaserne. Nachdem dort aber nicht nur das Jugendzentrum CD-Kaserne aufgebaut, sondern auch das Ost-Europa-Zentrum geschaffen wurde, schien der Standort unpassend. Schließlich war die NS-Wehrmacht, die durch das Artilleristendenkmal glorifiziert wird, im zweiten Weltkrieg mordend durch Osteuropa gezogen. [...] Allerdings verschwand das Artilleristendenkmal erst 1998 für vier Jahre aus dem Stadtbild und erhielt 2002 einen neuen Standort. Seitdem steht es neben dem Garnisonmuseum auf dem Schützenplatz.“ Dort wurde für die Präsentation der Nazi-„Kunst“ extra ein Sockel errichtet – für irgendwelche Erläuterungen fehlte dann das Geld. So spricht das Denkmal damals wie heute für sich: als Lobpreisung des NS-Wehrmachtssoldaten.





Transgender

Im Oktober fand in der VHS eine Veranstaltung statt mit dem Titel „*Perspektivenvielfalt in der Kommunalpolitik*“; Inhalt: „*Warum es wichtig ist, sich als Frau in der Kommunalpolitik einzubringen. Dirk-Ulrich Mende, Oberbürgermeister der Stadt Celle, wird persönlich informieren und berichten.*“

Minirock

Der Celler Landtagsabgeordnete Thomas Adasch (CDU) sorgt sich um die Freiheit, er fragte die Landesregierung: „*Würden Polizeianwärter an den Standorten, an denen Asylbewerber untergebracht wurden, zu Verhaltensweisen aufgefordert oder ihnen diese nahegelegt, die die persönliche Lebensführung einschränken, beispielsweise der Verzicht auf kurze Röcke oder kurze Hosen?*“ Antwort: „*Nein.*“ Polizeianwärter dürfen also weiter kurze Röcke tragen – das hätte es unter einem Innenminister Hasselmann nicht gegeben.

Nix mit Optionskommune

Das Jobcenter Celle wird nicht in kommunale Trägerschaft überführt, wie es Landrat Wiswe angestrebt hat (wir berichteten ausführlich in unserer letzten Ausgabe). Unterm Strich sieht es so aus, dass Wiswe in dieser Frage gepokert hat. Wie wir schon berichteten, waren die Chancen für eine kommunale Trägerschaft eigentlich nicht gegeben. Denn die gesetzlich vorgesehene Quote von 25 % sogenannter "Optionskommunen" ist vergeben. Wiswe meinte jedoch, eine Lücke gefunden zu haben und gehofft, durch Unterstützung von SPD-Landtags- und Bundestagsabgeordneten bei den zuständigen SPD-Ressortministerinnen in Hannover und Berlin eventuell

doch zum Ziel zu kommen.

Der SPD-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der Kreistagsfraktion Maximilian Schmidt wurde offensichtlich auch entsprechend tätig, bis endlich klar war, dass Wiswe in dieser Frage Illusionen aufgesessen ist. anschließend kritisierte Schmidt Wiswe auch dahingehend, dass dieser "als wesentlichen Grund für sein Bestreben zur „Option“ die finanzwirtschaftlichen Vorteile des Landkreises angibt. An einer Verbesserung der regionalen Arbeitsmarktpolitik ist ihm offensichtlich nur sekundär gelegen." Ganz unsere Meinung, wie ebenfalls im letzten Heft nachzulesen ist. - Interessant wäre mal zu wissen, wieviel Arbeitszeit seiner Verwaltung Wiswe in den Sand gesetzt hat. Bei Anfragen seitens der Kreistagsfraktionen wird immer auf die Bearbeitungszeit hingewiesen; bei diesem Flop Wiswes wird es die Öffentlichkeit wohl nicht erfahren.

250.000

SCHAFFT RELEVANZ. WEIL MEINE ZEITUNG DIE THEMEN HERAUSFILTERT, DIE FÜR UNS WICHTIG SIND UND UNS WIRKLICH INTERESSIEREN.

So wirbt aktuell ein Verbund von Regionalzeitungen für ihre Produkte. Mit dabei die Cellesche Zeitung. Die schaffte es am Montag danach, mit keinem einzigen Wort oder Bild über die größte Demonstration in Deutschland im 21. Jahrhundert zu berichten. Es war schlicht und einfach für sie nicht „relevant“, dass 250.000 (Polizeiangabe: 150.000) Menschen in Berlin gegen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA demonstriert hatten – als Redner mit dabei die Vorsitzenden der größten NGOs des Landes: DGB, BUND, SOVD. Na, ist ja aber auch nicht so wichtig. Und interessiert's uns eigentlich wirklich?

Richtig spannend war dagegen das große Foto mit Bildunterschrift, das



uns darüber informierte, dass Gauck mit seiner Lebensgefährtin am Vortag in Südkorea eingetroffen war. Dafür ein Dank an unserer Regionalzeitung.

Positionspapier

Stilllegung & Rückbau

Mit dem Positionspapier „Abschaltung, Stilllegung und Rückbau von Atomkraftwerken“ fordern 76 Umweltverbände, Initiativen und Anti-Atom-Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet höchste Sicherheitsanforderungen und umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung bei Stilllegungen sowie die mittelfristige Lagerung sämtlicher radioaktiver Altlasten vor Ort. Das Papier wird Anfang September der Presse in Hannover vorgestellt. zu den Unterzeichner*innen des Papiers gehört die Celler Gruppe „Land in Sicht - Transition“ (LIST). - Über die weiterhin zentrale Forderung der Anti-Atom-Bewegung nach sofortigem Ende der Strom und Atommüllproduktion durch Atomkraftwerke hinaus, werden mit dem Papier konkrete Forderungen für bereits abgeschaltete Kraftwerke erhoben. Diese wurden mit den Erfahrungen aus laufenden Stilllegungs- und Rückbauverfahren und dem Fachwissen von Expertinnen und Experten im Rahmen von Atommüllkonferenzen erarbeitet. Das Positionspapier steht zum Download unter: <http://list-celle.over-blog.com/>

16 oranje Leoparden

Das Panzerbataillon, das dank des großartigen Engagements unsere Bundestagsabgeordneten Henning Otte, neu in Bergen aufgestellt wird, bekommt tatsächlich Zuwachs aus den Niederlanden. Ab März 2016 soll eine holländische Kompanie mit 100 Soldaten nach Bergen versetzt werden. Die Niederländer überlassen im Zuge dessen der Bundeswehr ihre noch vorhandenen 16 Leopard-2-Panzer.

Das größte Problem war nämlich eigentlich, dass es für die Aufstellung des Bataillons eigentlich gar nicht genug Panzer gab/gibt. Deshalb plant die Bundeswehr u.a. 84 bereits ausgemusterte Panzer vom Typ „Leopard 2 A4“ von der Industrie zurückzukaufen und zu modernisieren. Dafür hat das Verteidigungsministerium Gelder in Höhe von 669 Millionen Euro eingeplant. Die Obergrenzen für Kampfpanzer der Bundeswehr soll von 225 auf 328 „Leo 2“-Panzer angehoben werden.

Die Modernisierung übernehmen die Rüstungskonzerne Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall. Die Kosten betragen pro Stück knapp acht Millionen Euro. Sie liegen damit deutlich über den ursprünglichen Beschaffungskosten. Damit dürfte das Ansehen unseres Bundestagsabgeordneten Henning Otte in Rüstungskreise noch einmal deutlich steigen.

Während ein Kasernename noch gesucht wird (FDP-Vorschlag: „Welfenkaserne“), hat das Bataillon in Bundeswehrkreisen schon einen Namen: Otte-Bataillon.

Batman

Mitte Oktober hat das türkische Innenministerium in der Stadt Batman sechzehn Ratsmitglieder, die der prokurdischen Partei BDP angehören, sowie die beiden Bürgermeister mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert. Celles Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende hat daraufhin seine Teilnahme an der deutsch-türkischen Städtekonferenz in Istanbul vom 23. bis 25. Oktober abgesagt. Celle unterhält mit Batman eine "Städtefreundschaft". Nach der "staatliche Repressalie gegen die gewählten Mitglieder im Rat der Stadt Batman" fehle ihm derzeit die Basis für Gespräche.

Yellow Cake

Anti-Atom-Gruppen hatten grenzüberschreitende Proteste gegen einen Uranerzkonzentrat-Transport von Hamburg nach Frankreich angekündigt. Nachdem das Schiff „Mikhail Dudin“ am 14.9. Uranerzkonzentrat im Hamburger Hafen bei der Firma C. Steinweg entladen hatte, fuhr der Zug am Dienstag, den 16.9. eine andere Route als sonst üblich – damit wich er zahlreichen Mahnwachen und angekündigten Aktionen an der Transportstrecke aus. Die andere Route führte Lüneburg, Uelzen, Celle und Hannover. Uranerzkonzentrat, das auf Grund seiner Farbe auch Yellow Cake genannt wird, wird in Konversionsanlagen in Frankreich zu Uranhexafluorid (UF6) angereichert. Dieses wird dann zum Beispiel im emsländischen Lingen zu Brennelementen für AKW verarbeitet. Mehr unter: <http://www.atomtransporte-hamburg-stoppen.de/>

Robby – Umsiedlung in Auffangstation?

Der Landkreis Celle hat die Genehmigung zur weiteren Haltung und Zur-

schaustellung des Schimpansen Robby im Zirkus Belly nicht verlängert. Die Abgabe an eine für die Resozialisierung von Schimpansen spezialisierte Haltungseinrichtung wurde angeordnet. Kreisveterinär Heiko Wessel begründet die Kehrtwende damit, dass neuere Bewertungen zu dem Ergebnis kämen, „dass angesichts der heutzutage bestehenden Erfahrungswerte die Erfolgsaussichten recht gut sind, ein dermaßen langjährig fehlgeprägtes Tier zu resozialisieren. Insofern ist nunmehr diesem Ansatz in Abwägung mit den auch durchaus bestehenden Risiken der Vorrang zu geben.“ An der artungerechten Haltung des Schimpansen habe es schon in der Vergangenheit aus amtstierärztlicher Sicht keine Zweifel gegeben. Lediglich der Umstand, dass es sich bei Robby um einen von Menschenhand aufgezogenen Schimpansen handele, der ohne art eigenen Kontakt seit mehr als 30 Jahren in enger Bindung zur Zirkus-Familie lebt, habe eine ganz besondere Einzelfallprüfung mit sich gebracht."

Seit 2012 hatte die Tierschutzorganisation PETA immer wieder gegen die Haltungsbedingungen protestiert, über 22.000 Menschen aus ganz Deutschland appellierten mit einer Online-Petition an das Heimat-Veterinäramt des Zirkus im Landkreis Celle, Robby aus den untragbaren Zirkus-Verhältnissen zu befreien.

In diesem Sommer hatte die renommierte britische Schimpansenforscherin Jane Goodall aktuelle Videoaufnahmen aus dem Zirkus ausgewertet und daraufhin die Unterbringung des intelligenten Tieres in einer anerkannten Auffangstation befürwortet: „*Ich bin nach eingehender Betrachtung der absoluten Überzeugung, dass Robby aus jeder zukünftigen Situation der kommerziellen Ausbeutung befreit und in eine autorisierte Auffangstation überstellt werden sollte, die weiß, welche Bedürfnisse Tiere aus der Unterhaltungsindustrie haben, z.B. Stiftung AAP*“. PETA übermittelte das Videomaterial sowie die Stellungnahme der Verhaltensforscherin im Juni an das zuständige Kreisveterinäramt in Celle. PETA hatte darüberhinaus erklärt, dass die wissenschaftlich geführte Schimpansen-Auffangstation AAP einen Platz für Robby bereit halte. Mehr unter www.peta.de/

20 Jahre Tauschring

Drei langlebige sozio-kulturelle Projekte entstanden Mitte der 1990er Jahre in Celle: das Kino achteinhalb hatte schon seinen 20. Geburtstag, jetzt im September feierte der Tauschring Celle dieses Jubiläum – und im Januar folgt das Bunte Haus. Wir sagen einfach mal: Weiter so. Das gilt auch fürs Rio's, das Anfang Oktober 20 wurde.

Ehrenbürger

Ebenfalls zum Zwanzigsten wurde Robert Simon jetzt vom Rat zum Ehrenbürger der Stadt Celle ernannt. Das findet in diesem Heft fast ausschließlich deshalb eine Erwähnung, weil uns dieser Mann mit der Ausstellung der Dioramen von Peter Basseler eine Freude bereitet hat, die wir vielleicht andernorts gar nicht hätten erleben dürfen. - 1995 zeigte Simon in Celle erstmals einen Ausschnitt aus seiner Sammlung moderner Kunst; 1998 entstand dann das erste „24-Stunden-Kunstmuseum der Welt“ und im Jahr 2000, basierend auf seiner Sammlung das Kunstmuseum Celle.

Wiswe abschieben

Unser Abschiebungskandidat dieser Ausgabe ist Landrat Klaus Wiswe. Er ist dafür, das Taschengeld in Erstaufnahmeeinrichtungen durch Sachleistungen zu ersetzen. Er will „*konsequent abschieben*“ und ist ein Befürworter von Nacht- und Nebel-Aktionen. Er will deshalb auch am Besten gleich aus den Erstaufnahmeeinrichtungen abschieben. Und er findet Transitzonen toll. Kurzum: Ihm ist nicht nur die Verfassung scheißegal, sondern auch sowas wie „Humanität“. Bevor wir ihn abschieben – selbstverständlich ohne das Datum anzukündigen –, gestatten wir ihm die freiwillige Ausreise nach Sachsen.



„Sie machen Ärger, weil ihnen das Essen nicht gefällt ...“



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Die Dicke: Es ist mir nach wie vor ein Rätsel, was die Kanzlerin umgetrieben hat?

Oma Lilo: Du traust ihr diese Form von Empathie nicht zu, oder? Aber wenn du ihre Sommerpressekonferenz liest, gibt es da – gerade zu Beginn – Passagen, in denen sie sich relativ einfühlsam zeigt.

Die Dicke: Das ist jetzt dein Ernst, oder?

Oma Lilo: Sie sprich da von „Bildern, die unsere Vorstellungskraft übersteigen.“ Und das alles geschehe, während wir hier in sehr geordneten Verhältnissen leben würden. Und O-Ton: „Die allermeisten von uns kennen den Zustand völliger Erschöpfung auf der Flucht, verbunden mit Angst um das eigene Leben oder das Leben der Kinder oder der Partner, zum Glück nicht. Menschen, die sich zum Beispiel aus Eritrea, aus Syrien oder dem Nordirak auf den Weg machen, müssen oft Situationen überwinden oder Ängste aushalten, die uns wahrscheinlich schlichtweg zusammenbrechen ließen.“

Der lange Lulatsch: Aber schau' mal: Sie nennt als Beispiele genau die Länder, für die die Bundesregierung ein vereinfachtes Asylverfahren beschlossen hat. Sie nennt nicht den Sudan oder Pakistan, sondern nur jene Länder, wo der deutsche Staat eine Anerkennung vorsieht.

Oma Lilo: Na gut. Aber sie bringt das Grundgesetz, die „Würde des Menschen“, gegen die in Anschlag, die gegen Flüchtlinge hetzen.

Der lange Lulatsch: Wenn die Regierenden das Grundgesetz zum Handeln ihrer Politik gemacht hätten, gäb's vielleicht manche der Fluchtbewegungen gar nicht.

Die Dicke: Wie meinst du das?

Der lange Lulatsch: In der Präambel dieses vielzitierten Grundgesetzes, das ja kaum ein Einheimischer kennt, heißt es, man sei „von dem Willen beseelt, [...] dem Frieden der Welt zu dienen“. Davon ist seit der NATO-Bombardierung Serbiens ja nichts übrig geblieben.

Der Besserwisser: Derselbe Menschenschlag, den Schröder/Fischer mit der Bombardierung Belgrads von einer humanitären Katastrophe zu retten meinten, wird heute von allen als eine einzige Zumutung gehandelt, wenn er über die deutschen Grenzen strömt.

Die Dicke: Kosovo ist halt die ärmste Region in ganz Europa. Die Arbeitslosigkeit liegt konstant bei 20 %, die Jugendarbeitslosigkeit kommt schon mal an die 70 %. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung will das Land verlassen. Und auch in den anderen „sicheren Herkunftsländern“, nämlich Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Montenegro wie auch Albanien, leben große Teile der Bevölkerung in tiefer Armut.

Der lange Lulatsch: Der Westen – und zumeist mit einer irgendwie gearteten Beteiligung Deutschlands – ist verantwortlich für die Fluchtbewegungen aus Afghanistan, aus dem Irak, aus Syrien und auch Nordafrika. Sei es durch Waffenexporte, sei es durch den Versuch, Regime auszuwechseln und die Länder damit ins Chaos zu stürzen.

Oma Lilo: Aber es ist ja nicht so, dass sich die Merkel/Gabriel-Regie-

rung jetzt entschlossen hätte, Verantwortung zu übernehmen.

Der lange Lulatsch: Ich finde interessant, dass Ulrich Grillo, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), sich schon Mitte August so geäußert hat: „*Als Wohlstandsstaat und auch aus christlicher Nächstenliebe sollte es sich unser Land leisten, mehr Flüchtlinge aufzunehmen.*“ Politik und Wirtschaft sollten den Bürger*innen viel stärker als bisher die Chancen von Zuwanderung erklären: „*Wir sind längst ein Einwanderungsland, und das müssen wir auch bleiben.*“ Warum? Nach Schätzungen des BDI fehlen allein bis zum Jahr 2020 unter anderem durch das Altern der Bevölkerung rund sieben Millionen Arbeitskräfte.

Oma Lilo: Und du meinst, Brillo bestellt und Merkel liefert.

Der lange Lulatsch: So selbstverständlich nicht. Aber man sorgt sich gemeinsam um die demographische Entwicklung.

Die Dicke: Und warum sorgt sich de Maiziere nicht?

Oma Lilo: Er ist zwar ein Hugenottenspross, seine Familie kommt also gar nicht von hier. Aber seit 1990 brachte er die sogenannten „Neuen Länder“ auf trab, erst in Meck-Pomm und von 1999 bis 2005 in Sachsens Staatsregierung. Er lebt seitdem in Dresden.

Der lange Lulatsch: Da träumt ja eine gefühlte Mehrheit von der ethnisch homogenen Volksgemeinschaft.

Oma Lilo: Wie die BILD zu berichten wusste, hatte er 1990 seinem ostdeutschen Cousin, dem letzten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière empfohlen, Angela Merkel als Pressereferentin in sein Beraterteam aufzunehmen.

Die Dicke: Deshalb ist diese politische Null also im Bundeskabinett.

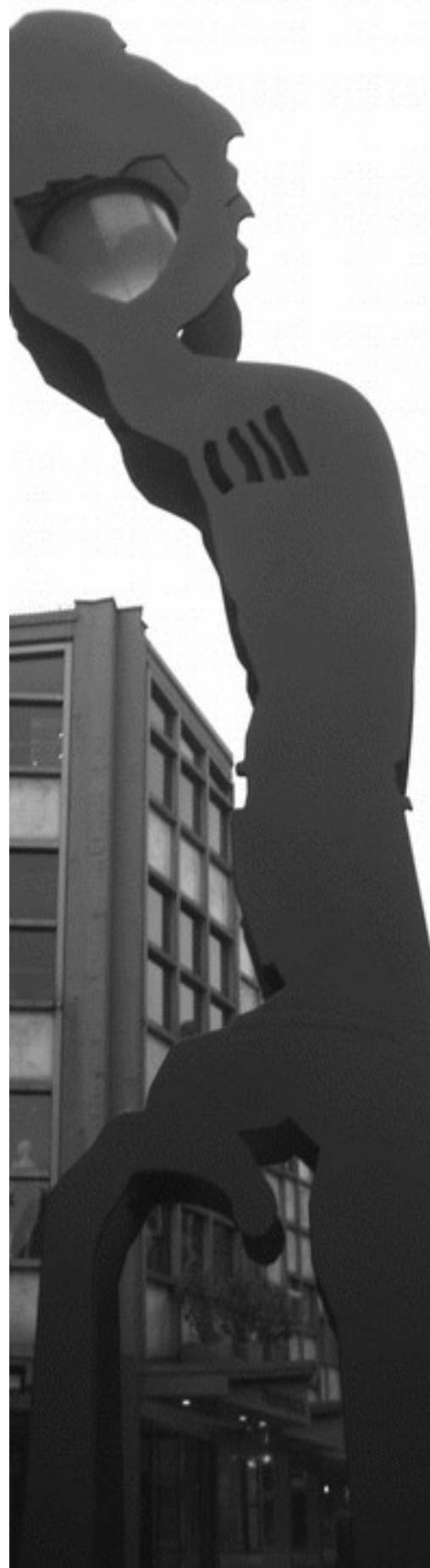
Oma Lilo: Oder er spielt mit Merkel nur „*good cop, bad cop*“?

Der lange Lulatsch: Er sitzt genau auf dem Sessel, wo einer wie er jetzt gebraucht wird. Er macht den Club-Mitgliedern der Willkommenskultur deutlich, dass die Masse der Flüchtlinge nun mal „keine Perspektive“ hat, so dass es geradezu menschlich und allemal ehrlicher sei, sie abzuschieben und Nachrückende abzuschrecken statt unehrliche Hoffnungen zu verbreiten. Dass er dazu ein Gesetzespaket vorlegt, dass die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Existenzminimum schlicht nicht zu Kenntnis nimmt, gehörte zum Job des Innenministers. Ebenso, wie das Herrenmenschentum.

Oma Lilo: Du meinst sein Interview mit dem heute-Journal?

Der lange Lulatsch: Ja klar. Ich zitiere: „*Bis zum Sommer waren die Flüchtlinge dankbar bei uns zu sein. Sie haben gefragt, wo ist die Polizei, wo ist das Bundesamt. Wo verteilt Ihr uns hin. Jetzt gibt es schon viele Flüchtlinge, die glauben, sie können sich selbst irgendwohin zuweisen. Sie gehen aus Einrichtungen raus, sie bestellen sich ein Taxi, haben erstaunlicherweise das Geld, um Hunderte von Kilometern durch Deutschland zu fahren. Sie streiken, weil ihnen die Unterkunft nicht gefällt, sie machen Ärger, weil ihnen das Essen nicht gefällt, sie prügeln in Asylbewerberheimen.*“

Der Besserwisser: Da sollte in den ehrenamtlichen Sprachkursen mit ihnen wohl mal schnell die Suppenkaspar-Geschichte durchgenommen werden: „*Doch als die Suppe kam herein, / gleich fing er wieder an zu schrein: / »Ich esse keine Suppe! Nein! / Ich esse meine Suppe nicht! / Nein, meine Suppe / ess' ich nicht!« // Am vierten Tage endlich gar / der Kaspar wie ein Fädchen war. / Er wog vielleicht ein halbes Lot – / Und war am fünften Tage tot.*“



Nicht hinnehmbare Verschärfung des Asylrechts

Die niedersächsischen Flüchtlings- und Willkommensinitiativen weisen das Gesetzespaket der Bundesregierung, das derzeit verhandelt und am 16.10. im Bundesrat beraten wird, als nicht hinnehmbare Verschärfung des Asylrechts in aller Deutlichkeit zurück. Es ist geprägt von der Abwälzung der Verantwortung auf die EU-Außenstaaten und von Abschreckungsmaßnahmen, die Flüchtlinge zur Ausreise nötigen oder die Abschiebungen rücksichtsloser und rigoroser ermöglichen sollen.

Wir lehnen eine Politik ab, die Flüchtlinge schon vor der Durchführung der Asylanhörung in Schubladen steckt und versucht, bestimmte Gruppen von Flüchtlingen, insbesondere Flüchtlinge aus den Westbalkanstaaten und Flüchtlinge mit Zuweisung in andere EU-Staaten, durch eine möglichst schäbige Behandlung (Arbeitsverbot, Sachleistungen, Lagerzwang, Leistungskürzungen etc.) auszugrenzen und zur Ausreise zu nötigen. Stattdessen fordern wir, dass Flüchtlinge von Beginn ihres Aufenthaltes an Partizipationschancen und Teilhabemöglichkeiten erhalten. Hierzu gehört vor allem der Zugang zu Sprachkursen sowie zu Qualifikationsangeboten, zu Arbeit und Ausbildung.

Die niedersächsische Landesregierung hat vor drei Jahren einen Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik eingeleitet und damit die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich heute viele tausend Menschen in Niedersachsen mit uns für einen offenen und menschlichen Umgang mit Flüchtlingen einsetzen. Durch die geplanten Gesetzesänderungen sehen wir unsere Bemühungen konterkariert und in Frage gestellt. Der Entwurf sieht unter anderem vor, dass Abschiebungstermine nicht mehr angekündigt werden dürfen. Müssen wir damit rechnen, dass überfallartige Abschiebungen im Morgengrauen wieder an der Tagesordnung sind?

Es sind auch Kürzungen bei den Leistungen vorgesehen, die Asylsuchende auf Wasser und Brot setzen sollen, um sie möglichst schnell wieder aus dem Land zu nötigen. Davon werden absehbar Flüchtlinge betroffen sein, die vor den elenden Bedingungen in anderen EU-Ländern fliehen und hier auf menschenwürdige Bedingungen hoffen. Das Bundesverfassungsgericht hat 2012 eindeutig klargestellt, dass eine solche Politik verfassungswidrig ist: „Auch eine kurze Aufenthaltsdauer oder Aufenthaltsperspektive in Deutschland rechtfertigt es ... nicht, den Anspruch auf Gewährleis-

tung eines menschenwürdigen Existenzminimums auf die Sicherung der physischen Existenz zu beschränken. Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG verlangt, dass das Existenzminimum in jedem Fall und zu jeder Zeit sichergestellt sein muss. (...)“ BVerfG 18.7.2012

Wir fordern die niedersächsische Landesregierung auf, dem Gesetzentwurf im Bundesrat eine Absage zu erteilen und den begonnenen Paradigmenwechsel fortzusetzen, der noch lange nicht abgeschlossen ist: Noch immer erhalten viele Flüchtlinge keinen Sprachunterricht, werden bei den Arbeitsagenturen oftmals nicht qualifiziert unterstützt und beraten. Nach wie vor fehlt es an einer abgestimmten Politik, die Flüchtlingen von Beginn an eine Integrationsperspektive in Deutschland eröffnet.

Die unterzeichneten Flüchtlingsinitiativen fordern die Abgeordneten des Bundestages sowie die niedersächsische Landesregierung auf, im Bundestag und

Bundesrat gegen das „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ zu stimmen.

Sollte eine Beschlusslage nicht mehr zu verhindern sein, muss das Gesetz auf zwei Jahre befristet werden, um eine Evaluation der Wirkungen zu ermöglichen.

100 Teilnehmer_innen des Initiativentreffens vom 3. Oktober 2015 aus folgenden Verbänden und Initiativen:

Willkommen Weetzen, Willkommen im Harz, ev. Kirchengemeinde Wagenfeld, Kinderschutzbund Bad Lauterberg, Flüchtlingshilfe St. Remigius Suderburg, Landungsbrücke e.V., BI Menschenwürde LK Stade, VNB e.V., Flüchtlingshilfe e.V. Kirche Bückeberg, **Arbeitskreis Ausländer Celle**, Frauenhaus Hannover, Medinetz Hannover, Flüchtlingsrat Niedersachsen, amikeco-Willkommensinitiative Lüneburg e.V., Willkommensinitiative Gehrden, AWO Region Hannover, Refugee Law Clinic Göttingen, Hildesheimer Aids-Hilfe, VTM e.V., Verein Willkommen Lehre, Internationales Cafe Winsen, GISAD, Exil e.V. Osnabrück, IG Metall Hannover, AK Asyl Wunstorf, Du-bist-willkommen Hannover, VVN/BdA, ai-Gruppe Lüneburg, ZuFlucht Wendland, Frauen- und Menschenrechte-Aktiv, Die Linke Niedersachsen, Arbeitskreis Flüchtlingshilfe e.V. Nordhorn, Willkommensinitiative Bleckede, Integrationsrat Göttingen, Flüchtlingsinitiative im Nestwerk e.V., Hagen im Bremischen, Ibis e.V. Oldenburg, kargah e.V., Lampedusa-Bündnis Göttingen, Initiative Willkommen Flüchtlinge am Klausberg (IWF), Janusz Korczak – Humanitäre Flüchtlingshilfe e.V., AStA der Leuphana Universität Lüneburg – Antirassismusreferat.



Abschiebungsversuch - Überfall im Morgengrauen

Unmittelbar nach der teilweisen Aufhebung des sog. Rückführungserlasses durch das Land hat sich in Niedersachsen wieder ein Abschiebungsversuch nach dem Muster „Überfall im Morgengrauen“ abgespielt, wie dies auch unter dem ehemaligen Innenminister Uwe Schönemann (CDU) üblich war.

Ohne jegliche Vorankündigung des Abschiebungstermins drangen sieben Polizisten am 5.10. rechtswidrig nachts um 2:00/3:00 Uhr mit Generalschlüssel o.ä. (sie überwand zwei Türen geräuschlos und ohne Spuren) und Taschenlampen in eine Flüchtlingsunterkunft in Gnarrenburg ein und rissen im Obergeschoss alle Iraner*innen aus dem Schlaf. In der Unterkunft nahm die Polizei den iranischen Flüchtling B. fest, der in der Eile nicht einmal seine Brille aufsetzen konnte, um ihn nach Ungarn abzuschicken. Im Erdgeschoss wohnt eine Mutter mit drei Kindern, deren Angst nicht mehr verfliegt.

Erst am Flughafen Frankfurt wurde die Abschiebung gestoppt: Da der herzkrank Iraner über Schmerzen in der Brust klagte, brach die Bundespolizei die Abschiebung ab. B. ist kürzlich erfolgreich am Herzen operiert worden, muss jedoch täglich blutverdünnende Medikamente nehmen und eine regelmäßige Blutkontrolle machen lassen. Nach Aussagen der Ausländerbehörde wurde vorab eine „Flugreisetauglichkeit“ festgestellt. Die Untersuchungsergebnisse liegen uns aber nicht vor, auch die Nachfragen des Anwalts blieben unbeantwortet. Der Flüchtling wurde nach dem Abbruch der Abschiebung wieder nach Gnarrenburg zurückgebracht.

Der Flüchtlingsrat ist empört über diesen Umgang mit einem kranken Flüchtling. Verantwortlich ist der Landkreis Rotenburg, der die Abschiebung „in Amtshilfe“ durchführte – und darauf verzichtete, den Abschiebungstermin vorher anzukündigen. Verantwortlich ist aber auch das nds. Innenministerium, das durch eine Revision des „Rückführungserlasses“ solche Praktiken einer unangekündigten Abschiebung wieder ermöglicht hat.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, mit welchem Recht und wie die Polizei – ohne sich bei den Bewohner*innen durch Klingeln oder Klopfen bemerkbar zu machen – nachts in die Flüchtlingsunterkunft eingedrungen ist und die Bewohner*innen damit in Panik versetzt hat. Das unangekündigte Eindringen in Unterkünfte ist ohne schwerwiegenden Anlass nicht zulässig. Ausdrücklich weist das MI die Ausländerbehörden darauf hin, dass das „Sicherheits- und Ordnungsgesetz zu beachten“ sei. Wörtlich heißt es in dem – noch gültigen – Erlass des MI:

„Die Ausnahmevoraussetzungen für das Betreten von Wohnungen zur Nachtzeit (§24 Abs. 4 Nds. SOG) liegen in der Regel bei Abschiebungen nicht vor. Auch ein Betretungsrecht nach § 24 Abs. 5 Nds. SOG ist im Regelfall

bei Abschiebungen nicht gegeben, da dies voraussetzt, dass „der Eintritt erhebliche Gefahren vermittelt“ [...] Sofern der Zeitpunkt der Abholung noch in die Nachtzeit fällt, kann die Maßnahme nur durchgeführt werden, wenn sich die Abzuschickenden zur Verfügung halten.“

Das Beispiel macht deutlich, was uns erwartet, wenn der vorliegende Gesetzentwurf zum „Asylverfahrenbeschleunigungsgesetz“ unverändert in Kraft tritt: Dort ist vorgesehen, dass Abschiebungen grundsätzlich nicht mehr angekündigt werden dürfen. Der Flüchtlingsrat fordert das Innenministerium auf, die teilweise Aufhebung des Rückführungserlasses wieder zurückzunehmen, dem „Asylverfahrenbeschleunigungsgesetz“ im Bundesrat eine Absage zu erteilen und dafür Sorge zu tragen, dass Abschiebungsversuche dieser Art sich nicht wiederholen.

Kai Weber (Nds. Flüchtlingsrat)



Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) hatte in voreilem Gehorsam bereits am 17. September im Landtag mitgeteilt, dass abgewiesene Asylbewerber*innen mit weniger als 18 Monaten Aufenthaltsdauer künftig schneller und ohne vorherige Benachrichtigung abgeschoben werden sollten. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, der im Eiltempo durch die Instanzen gepeitscht wird und zum 1.11.2015 in Kraft treten soll, sieht in § 59 Absatz 1 AufenthG-E vor: „Nach Ablauf der Frist zur freiwilligen Ausreise darf der Termin der Abschiebung dem Ausländer nicht angekündigt werden.“

Der niedersächsische Flüchtlingsrat findet es „unfassbar, wie die Länder es zulassen können, dass der Gesetzgeber ihnen hier derart ins Handwerk pfuscht. [...] Eine „Willkommensbehörde“ redet mit den Flüchtlingen – und überfällt sie nicht.“

Das Grundgesetz für Anfänger*innen

Die öffentliche Aufmerksamkeit war gewiss, als Celles Oberbürgermeister Anfang Oktober das Grundgesetz auf Arabisch, Türkisch, Englisch und Französisch in der Flüchtlingsunterkunft in Scheuen großformatig an einen Bauzaun hängte. Dirk-Ulrich Mende setzte damit den Anstoß seines Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel 1:1 um. Der ist ja der Auffassung, dass die ersten 20 Artikel dieser Verfassung, der sogenannte Grundrechtekatalog, „unsere“ Leitkultur sind. Die Ankunft der Geflüchteten habe auch Sorgen in der Bevölkerung ausgelöst, so Mende: „Da ist zum Beispiel die Sorge, dass viele Menschen kommen, die unsere Grundrechte nicht kennen.“

Dabei liegt das Problem eher andersrum. Sorgen sollte eine*n, dass viel zu viele Menschen, die von Geburt an hier leben, nicht die Spur einer Ahnung von ihren Grundrechten haben – und noch mehr sollte eine*n sorgen, dass viel zu viele nicht bereit sind, diese Grundrechte auch nur im Ansatz den Fremden einzuräumen.

Der durchschnittlichen Flüchtling dürfte also rätselnd vor der Grundrechtswand stehen und sich fragen, warum sie oder er nicht in den Genuss der „Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet“ kommt, wo doch andererseits alle Menschen „vor dem Gesetz gleich“ sein sollen. Mit etwas Nachdenken und Kenntnissen in der Weltliteratur, wird sie/er dann aber schon darauf kommen, dass es hierzulande welche gibt, die gleicher sind ... die Deutschen nämlich.

Dabei gilt offiziell ein Großteil der Grundrechte als „Jedermannsrechte“; es heißt schließlich nicht: „Deutsche“, sondern z.B.: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit.“ Aber dann gibt es eben auch die sogenannten „Deutschengrundrechte“; dazu zählen etwa die Berufsfreiheit (Art. 12 GG), die Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG), die Vereinigungsfreiheit (Art. 9 GG) oder eben auch die Freizügigkeit (Art. 11 GG). Um in deren Genuss zu kommen, braucht's die deutsche Staatsangehörigkeit.



Aber eigentlich ist das sowieso ziemlich egal finden 310 Mitglieder der CDU/CSU, 193 Mitglieder der SPD und ein Mitglied der Bündnisgrünen im Bundestag. Die von ihnen beschlossene Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes pfeift auf die Festlegung des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2012. Darin heißt es: „*Migrationspolitische Erwägungen, die Leistungen an Asylbewerber und Flüchtlinge niedrig zu halten, um Anreize für Wanderungsbewegungen durch ein im internationalen Vergleich eventuell hohes Leistungsniveau zu vermeiden, können von vornherein kein Absenken des Leistungsstandards unter das physische und soziokulturelle Existenzminimum rechtfertigen. Die in Art. 1 Abs. 1 GG garantierte Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.*“ Aber genau das ist jetzt in bestimmten Fällen Bestandteil des Gesetzes.



Ist es im übrigen nicht eine ziemlich irrige Vorstellung, dass gerade den nach Deutschland Flüchtenden „beigebracht“ werden müsse, dass es hier sowas wie die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau gibt. Immerhin schon seit 37 Jahren kann eine Frau – laut BGB – ohne Erlaubnis ihres Mannes einer Lohnarbeit nachgehen. Homosexualität wird schon seit 21 Jahren im Westen nicht mehr kriminalisiert. Die Trennung von Kirche und Staat ist so „tiefgreifend“, dass der Staat die Kirchensteuer einzieht und es ein kirchliches Arbeitsrecht gibt, das Streiks ausschließt.

Was die Geflüchteten interessiert, ist doch vor allem, dass sie davon ausgehen, dass hier jede*r hat „das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ hat – zumindest bis zur Abschiebung. Und die ganz große Mehrheit von ihnen dürfte auch darauf hoffen, nicht wegen des Geschlechts, der Abstammung, der „Rasse“, der Sprache, der Herkunft, des Glaubens, der religiösen oder politischen Anschauungen „benachteiligt oder bevorzugt“ zu werden. Das sehen wohl eher die „besorgten Bürger*innen“ anders. Aber das GG in „einfacher Sprache“ mal an sie zu verteilen, dürfte Ressourcenverschwendung sein.

Norddeutsche Nazis weiterhin auf Hof Nahtz

Eigentlich könnten die Termine der Demonstrationen gegen die Nazitreffen in Eschede schon unter „Ständige Termine“ abgelegt werden: Sommersonnenwende, Erntefest, Wintersonnenwende. Das sind die Highlights im Naziterminkalender hier im Landkreis. Und damit stehen auch die Termine für die Gegenaktionen fest.

Vor zwei Jahren sah die Situation so aus, dass die Nazis ihre sogenannten Brauchtumsfeiern nicht mehr in Eschede feiern konnten. Der Pachtvertrag für ihre „Festwiese“ wurde wegen schlechter Zahlungsmoral von Nahtz gekündigt und dann brannte es auch noch auf dem Hof. Aber diejenigen, die sich mit den Gegenaktionen zu den Nazitreffen beschäftigten, waren sich sicher, dass das nur vorübergehend so sein sollte. Ein Ende war für sie damals nicht absehbar, höchstens eine Pause. Die Überlegung war, die Demonstrationen und Kundgebungen weiterzuführen, damit ein Wiedererstarken der Nazistrukturen sofort mit Protest konfrontiert wird und nicht erst wieder Zeit damit verbracht werden muss, die alten Strukturen zu reaktivieren. Die Kundgebungen und Demonstrationen wurden mit anderen inhaltlichen Schwerpunkten gefüllt. So blieben diese für die Organisator*innen sowie für die Besucher*innen attraktiv.

Seit einem Jahr finden nun die „Brauchtumsfeiern“ bei Nahtz wieder statt. Jetzt wäre es vielleicht an der Zeit das Konzept wieder einmal zu überdenken. Wenn die Nazis den Gegendruck auch zu spüren bekommen sollen, so sollte zumindest der Protest lauter und besser sichtbar sein. Das heißt ja nicht, dass nicht auch weiterhin eine breite Palette an Inhalten statt reiner „Antinazikram“ auf den Veranstaltungen dargebracht werden soll. Nur sollten sich die Teilnehmer*innen der Kundgebung den anreisenden Nazis zuwenden und sie gebührend begrüßen. Das dies nicht immer gelingt liegt auch immer wieder an den unsäglichen Auflagen des Landkreises. Dieser will den Protest gerne ganz weit weg von der Kreuzung haben, damit genau das nicht passiert, dass anreisende Nazis und Gegendemonstrant*innen aufeinander treffen. Jeder Meter muss von den Anmelder_innen mühsam her ausgehandelt werden.

Etwa 100 Demonstrant*innen fanden sich Am Dornbusch Ecke Zum Finkenberg ein, als am 26. September diesen Jahres die Nazis bei Nahtz in Eschede ihr Erntefest feierten. Unter den gut 80 Teilnehmern, waren Düütsche Deerns, NPDler, freie Kameraden. Udo Pastörs war auch zu Gast. Noch am selben „Wochenende hat er in Bayern nach eigenem Bekunden einen Vortrag zur „Überfremdung in Deutschland“ gehalten. Am Montag setzt der Chef der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag und einstige Bundesvorsitzende der rechtsextremen Partei, Pastörs, vor dem Flüchtlingsheim in Horst (Mecklenburg-Vorpommern) seine Verbalangriffe gegen „Asylbetrüger“ fort. Er habe den Eindruck bestätigt gefun-

den, dass den Flüchtlingen ein Übermaß an sozialer Fürsorge zuteil werde. „Davon können viele Deutsche nur träumen“, sagt Pastörs – und erntet sofort Widerspruch bei Vertretern der demokratischen Landtags-Fraktionen.“ (Taz 28.09.2015) Noch in Eschede hielt Udo Pastörs lt. Internetseite der NPD Niedersachsen eine „Rede über die Geschichte der BRD, ..., ebenso aber zeigte er aber auf, dass genau darin der Grund für die immer wieder in der deutschen Geschichte erfolgten Angriffe auf unsere Heimat durch Drittstaaten zu suchen ist, so, wie auch mit der derzeitigen Asylflut eine Invasion von Zivilokkupanten zur Zerstörung der biologischen Grundlagen unseres Volkes stattfindet. Er schloss mit dem Auftrag an jeden Einzelnen, im Kampf um unsere Heimat „der Funke zu sein, aus dem die Flamme sprüht.“ [sic] Mit Funken und Flammen haben die Nazis sicher einiges an Erfahrung, schließlich hat Funkenflug bei Aufräumarbeiten der „Kameraden“ für das Feuer bei Nahtz gesorgt. Aber das, was Pastörs hier sagt, könnten durchaus so interpretiert werden, dass mit sprühender Flamme der „Invasion von Zivilokkupanten“ Einhalt geboten werden soll. Immerhin sind im ersten Halbjahr 2015 202 Delikte gegen Flüchtlingsunterkünfte registriert worden, darunter 22 Gewaltdelikte wie Körperverletzungen und eben auch Brandstiftungen.



Auch bei diesem „Erntefest“ waren wieder viele Kinder und Jugendliche, die dieser Hetze ausgesetzt wurden. Das wäre mal eine Aufgabe für die Behörden aktiv zu werden, anstatt die Demonstrant*innen, die auf das rassistische neonazistische Treiben immer wieder hinweisen und sich dagegen stellen, hinter die Maisfelder zu schicken.

Aber im Winter ist der Mais abgeerntet, so dass der Protest wieder besser sichtbar sein wird:

Am 19.12.2015 heißt es dann: „Gemeinsam gegen die Nazitreffen in Eschede“. Die Kundgebung findet an der Kreuzung Am Dornbusch / Zum Finkenberg statt. Treffpunkt ist an dieser Kreuzung um 14.00 Uhr.

atelier 22
präsentiert

KunstStücke und andere Zutaten
Brune Uhde Thun



Vernissage: Sonntag
29.11. 15 Uhr

Laudatio: Prof. Dr. Erwin Müller-Lachendorf | Musik: Wolfgang Decker
Ausstellungsdauer bis 31.1.2016 | Öffnungszeiten Do bis So 14 - 18
atelier 22 | Hattendorffstr. 13 | 29225 Celle | Tel. 05141- 9937222

Frau Uhde, u.a. Meisterin im Quadronalen Synchron-Blumenflechten, besorgt sich ihre Zutaten in Baumärkten und Haushaltswarengeschäften und stellt sie in irritierender und beeindruckender Weise auf eine neue Art zusammen, wie z.B. 2013 bei der Aktion „KunstHierAuch“ auf dem Brandplatz installierte Lichtobjekt „Eimerlei“, eine riesige Kugel aus Plastikeimern, die, durch Klammern zusammengehalten und nachts beleuchtet, das Publikum in seinen Bann zog und Frau Uhde es am Entstehungsprozess und der Demontage teilhaben ließ.

In dieser Ausstellung verwirrt sie uns mit Betonkissen, Kleidern aus Salatblättern, Leuchtstiefeln, einem besonderen Darkroom, und sie verlegt einen Baguetteboden.

In Horst G. Bruness Lebenslauf ist die 5-malige Teilnahme an der Documenta in Kassel verzeichnet. Das Besondere daran: Kein einziges Mal war er dazu eingeladen! Leidenschaftlich nimmt er seit Jahrzehnten an Spaßguerilla-Aktionen teil, zeichnet Comics - lange Zeit auch für die CZ - malt Bilder, die mit ironisch-politisch-satirischen Texten versehen, bei den Betrachter*innen zu allerlei Erweckungserlebnissen führen. Diese Werke nennt er Serotonische Bilder, nach dem Glückshormon Serotonin. Prof. Rolf Thiele in der Bundesakademie für Kulturelle Bildung in Wolfenbüttel sagt über Bruness Kunst, sie ließe sich nicht einordnen und wäre vielmehr ein „Tritt in den Arsch der Kunstgeschichte“.

Karl Thun zeigt in dieser Ausstellung neuere Arbeiten aus seiner Knipsie-, Video- und Textabteilung: Hier werden spontan, gewissermaßen aus der Hüfte geknipste Bilder (meistens mit dem Smartphone) mit einem Text aufgeladen und wenig später im Internet, oft schon von unterwegs, ausgestellt.

Über die Entstehung, also erst das Bild und dann der Text oder umgekehrt? sagt Thun, manchmal entdeckte er die Fotos zu den Gedanken oder zuhause auf dem Sofa die Gedanken zu den Knipsies. So entstehen lauter einzelne Szenen, die in Reihen mit Namen wie z.B. „Orte, die zum Verweilen einladen“ oder „Augenblicke aus der Rede an die Wattwürmer bei auflaufendem Wasser kurz vor der Sonnenwende“ gesammelt werden. Und es werden einige VideoClips aus der umfangreichen Sammlung „Celler Wasserge-räusche“, sonst nur bei Thuns YouTube-Kanal „williwias“ zu sehen, gezeigt.

Im Wald und auf der Heide # 10

Bei dem Namen war schon dem kleinen Ernst vollkommen klar, dass er später ein Bekleidungsgeschäft führen würde. Aber in Wittingen? Geträumt hatte er immer von einem Showroom auf der 5th Avenue, New York City.



In der Fußgängerzone von Wittingen gibt es jetzt aktuell nur ein Thema: Ein Neffe von Ernst Dress soll eine gewisse Heather Code aus Dearborn/Illinois geheiratet haben. Das Ehepaar plane nun, auf der Magnificent Mile in Chicago die Edelboutique "DressCode" zu eröffnen, zwischen Maycy's und Louis Vuitton.

Positive Aspekte des städtischen Haushalts 2016:

Die Natur kehrt zurück! Wolf siedelt in "Rathsmühle", nachdem bekannt wurde, den gegenläufigen Ausbau des Nordwalls erstmal sein zu lassen. Er lernt gerade, am nahegelegenen Fischaufstieg Lachse zu fangen, bis dahin ernährt er sich von den auf dem Neumarkt-Kreisel gehaltenen Heidschnucken.



Hans FUNGER (1891-1945) starb im Celler Zuchthaus

Auf dem Gräberfeld für „Opfer der NS-Gewaltherrschaft“ auf dem Waldfriedhof sind auch einige Widerstandskämpfer bestattet, die im Frühjahr 1945 im Celler Zuchthaus gestorben sind. Unter ihnen ist der aus Neuss stammende Gewerkschafter Hans Fungler. Er wurde am 15. Februar 1937 durch die Gestapo verhaftet und am 7. Dezember 1937 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 9. Oktober 1944 wurde er in das Zuchthaus Celle verlegt, wo er am 11. April 1945 zu Tode kam.

Hans Fungler wurde am 10. Dezember 1891 in Krefeld geboren. Nach dem Abschluss der Mittleren Reife arbeitete er ab 1910 als Eisenbahngehilfe in der Eisenbahndirektion Köln, wo er 1917 – wie schon sein Vater – ins Beamtenverhältnis übernommen wurde. In den Jahren 1926 und 1927 wurde er Mitglied der SPD und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold bei, einer antifaschistischen Organisation zum Schutze der Weimarer Republik. Im Jahre 1928 übernahm Fungler das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden der Krefelder Fachgruppe des Einheitsverbandes der deutschen Eisenbahner. Anfang 1932 wurde er nach Neuss auf den Posten eines Reichsbahnsekretärs im Bereich Güterverteilung versetzt.

Nach dem Verbot der Arbeiterparteien und der Zerschlagung der Freien Gewerkschaften durch die Hitler-Regierung im Frühjahr und Sommer 1933 organisierte Fungler in Neuss eine sozialistische Widerstandsgruppe, die im Zusammenarbeit mit der Internationalen Transportarbeiter Föderation (ITF) agierte. Die ITF war ein internationaler Dachverband der Transportarbeitergewerkschaften mit Generalsekretariat in Amsterdam. Entlang der Schiffswege und des Eisenbahnnetzes wurden von dort konspirativ Verteilerstellen für illegale Druckschriften im Deutschen Reich aufgebaut. Der Gruppe um Fungler schmuggelte illegales Material aus Venlo (Niederlande) nach Neuss, von wo es weiterverteilt wurde. Die antifaschistischen Flugschriften hatten hauptsächlich den Zweck, die Propaganda der Nationalsozialisten offen zu legen.

In einem Lagebericht der Gestapo Düsseldorf an das Reichsinnenministerium vom 6. Januar 1938 wurde die Widerstandstätigkeit so beschrieben: „Der bestehende Apparat im Westen Deutschlands umfasste das Gebiet von Emmerich bis Mainz und von Aachen bis Dortmund. [...] [Funglers] Aufgabe bestand zuerst darin, in allen größeren Städten Westdeutschlands, so in Köln, Aachen, Düsseldorf, Krefeld, Neuss, Duisburg, Essen, Hamm, Koblenz und Mainz in den Eisenbahn- und lebenswichti-

gen Betrieben Stützpunkte zu errichten. Als Fungler dieses gelungen war, erfolgte die gebietsmäßige Einteilung des illegalen Gewerkschaftsapparates [...]. Es wurde vereinbart, dass Berichte, die sich auf die Stimmung der Arbeiterschaft in Betrieben, auf die Lebensmittelknappheit, auf den Materialmangel [...] bezogen, an die ITF in Amsterdam gesandt werden sollten. Die Stützpunkte und Bezirksleiter mussten ihre Berichte bis 1936 an Heinrich Malina (Krefeld) und später an dessen Stelle an den Gebietsleiter Hans Fungler senden, der sie an die ITF in Amsterdam weitergab.“



Aufgedeckt wurde die Arbeit der ITF durch die Verhaftung eines Kuriers im Februar 1937, in dessen Wagen über 500 illegale Druckschriften gefunden wurden, mit Titeln wie „15% Lohnerhöhung“, „Vertrauensratswahlen“, „Gemeinsame Hilfe gegen den Naziterror“, „Todesstrahlen“, „Sozialistische Warte“. In zwei Prozessen wurden 17 Widerstandskämpfer, darunter Hans Fungler, angeklagt und verurteilt.

Im Oktober 1944 wurde Fungler aus dem Zuchthaus Lüttringhausen ins Celler Zuchthaus verlegt, das in den letzten Kriegsmonaten zu einem "Ort besonderen Grauens" (Mijndert Bertram) wurde. Hatte es in Friedenszeiten pro Jahr durchschnittlich fünf Todesfälle pro Jahr unter den Insassen gegeben, so waren es 1944 schon 82.



Nachdem das Gefängnis durch "Evakuierungen" von Gefangenen anderer Anstalten restlos überbelegt wurde, starben im Januar 1945 17 Häftlinge, im Februar 36, im März 98 und bis zum Einmarsch der Briten am 15. April weitere 77 Insassen. Unter ihnen Hans FUNGER.

Die Familie erfuhr über Monate nicht seinem Tod. Am 5. April 1946 antwortete das Celler Zuchthaus auf eine Anfrage des Bruders von FUNGER wie folgt: „Ihr Bruder verstarb am 11.4.45 um 200 Uhr im hiesigen Anstaltslazarett an Ruhr. Sein Leichnam ist auf dem Anstaltsfriedhof beigesetzt worden, Grab N. 23. Eine Benachrichtigung von dem Ableben Ihres Bruders, an seine Ehefrau Frieda FUNGER, geb. Schuchardt, ist s. Zt. erfolgt. Durch die damaligen kriegsbedingten Verhältnisse der Post mag der Brief verloren gegangen sein. Der gesamte Nachlaß steht dem rechtmäßigen Empfänger zur Verfügung. Zu dem Nachlaß gehören noch außer Bekleidungsstücken 440,93 RM Arbeitsbelohnung! Diese Sachen können jederzeit (außer Sonntag) hier abgeholt werden. [...]“

Quellen: Flyer „Stolpersteine“ in Neuss - Lörickstraße 12 / Hans FUNGER.

Nelles, Dieter: Der Widerstand der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) gegen den Nationalsozialismus und Faschismus in Deutschland und Spanien. - In: Andreas G. Graf: Anarchisten gegen Hitler. Anarchisten, Anarcho-Syndikalisten, Rätekommunisten in Widerstand und Exil. Berlin 2001, S. 114- 155.

Veranstaltungen zur Erinnerung an die Pogromnacht

Am Sonntag, den 8. November, bietet die Volkshochschule Celle einen zeitgeschichtlichen Rundgang zur Erinnerung an die Reichspogromnacht an. Die Führung mit Reinhard Rohde und Tim Wegener beginnt um 14.30 Uhr in der Synagoge und führt an Orte, die für Opfer, Täter und Zuschauer in der Zeit des Nationalsozialismus von Bedeutung waren. Die Veranstaltung endet am Mahnmal für die Opfer des Massakers vom 8. April in den Triftanlagen. Es wird eine Gebühr von 6 Euro erhoben. Um Anmeldung unter der Kursnummer CE1102 wird gebeten.

Am Montag, den 9.11., zeigt das Stadtarchiv Celle in der Synagoge (Im Kreise 24) den Film "Boris Dorfman – A mentsh"; anschließend stehen die Filmemacher Uwe und Gabriela von Seltmann für ein Gespräch zur Verfügung. Die 52-minütige Dokumentation wurde 2014 mit dem "Yiddish Oskar 2014" ausgezeichnet.

Der Film spielt in Lemberg (Westukraine), einst eine multiethnische Stadt, die 600 Jahre lang ein Zentrum jüdischen Lebens und der jiddischen Sprache war. Im Zweiten Weltkrieg wurde diese einzigartige Kultur zerstört. 75 Jahre nach Kriegsbeginn führt Boris Dorfman zu all den Stätten des Grauens und Orten der Hoffnung, an denen sich die Geschichte der Lemberger Juden widerspiegelt. Der 90-Jährige ist womöglich der letzte Jude in Lemberg mit jiddischer *mameloshn* (Muttersprache) – scheinbar ein Relikt einer untergegangenen Epoche. Doch der Kämpfer gegen das Vergessen lebt in der Gegenwart: Er erinnert an die Vergangenheit, um auf die Zukunft vorzubereiten – als ein „*mentsh*“, voller Liebe und Empathie. Der Eintritt ist frei.



Vortrag von Bernd Langer

„Schwerste Krawalle in Frankfurt“ titelten die Medien nach dem 17. Juni 1978. Militante hatte aus einer Antifa-Demonstration Polizeiabsperrungen vor dem Rathaus angegriffen, um das NPD-„Deutschlandtreffen“ zu verhindern. 1979 und 1980 folgten die „Rock gegen Rechts“-Konzerte mit mehr als 40 000 Menschen. Die NPD gab ihr Treffen danach auf.



In der BRD entstand zu dieser Zeit eine neue antifaschistische Bewegung. Eine führende Rolle spielten bald Autonome, von denen einige versuchten, den Widerstand zu koordinieren. Sie propagierten einen Antifaschismus, den sie als Kampf gegen das „*imperialistische System*“ verstanden.

Legendäre Straßenschlachten wie am 1.10.1983 in Fallingbostenel oder die Unruhen nach dem Tod von Günter Sare am 28.9.1985 in Frankfurt am Main, Kommando-Militanz und Bündnisaktionen gehörten zu den Konzepten, die schließlich in der heutigen Antifa-Bewegung mündeten.

In Norddeutschland gehören auch die Proteste gegen die im Juni 1983 in Celle stattfindende Tagung des „Stahlhelm – Kampfbund für Europa“ dazu.

Bernd Langer, seinerzeit aktiv in der Göttinger antifa-m, liefert in der Veranstaltung eine detaillierte Beschreibung dieser Entwicklung und eine Analyse der Ansätze von damals bis heute. Er kommt auf Einladung des Bunten Hauses und des Rosa Luxemburg Clubs Celle.

Mittwoch, 24.11., 18.30 Uhr, Buntes Haus, Eintritt frei

Tony Spinner – Earth Music for Aliens

Nächstes Jahr wird das, was im anglo-amerikanischen Raum „Power-Trio“ genannt wird, 50 Jahre alt: Gitarre, Bass und Schlagzeug. Fast zeitgleich gründeten sich die Bands „Cream“ (Clapton, Bruce, Baker) und „Taste“. Während die einen als „Supergroup“ begannen, spielte sich Rory Gallagher durch die kleinen Clubs, um dann 1970 mit „Taste“ beim „Isle of Wight“-Festival auf Augenhöhe mit der Jimi Hendrix Experience zu performen.

Seit den 1960er Jahren ist das „Power-Trio“ ein Bestandteil der Pop-Musik geblieben (The Police, Nirvana, Die Ärzte), zum Alltag geworden ist es aber im Genre des Blues. Das hat (s)einen Grund vor allem auch darin, dass Bluesmusiker*innen ihr Geld weniger mit CDs und Merchandise verdienen, sondern seit je her mit Auftritten. Und da ist die schlichte Rechnung, dass für die/den Einzelnen mehr übrig bleibt, wenn die Gage nur durch drei, statt durch vier oder fünf geteilt werden muss.

Seit 50 Jahren entwickelt sich dieses Ensemble-Konzepts. Rein technisch spielt heute fast jedes professionelle Blues-Trio auf dem Niveau der Supergroups der 1960er Jahre. Und das kann man/frau jederzeit im Celler *Herzog Ernst* hören und bestaunen; zuletzt im Oktober bei der TONY SPINNER BAND.

Tony Spinner ist ein 1963 im US-Bundesstaat Missouri geborener Gitarrist und Sänger, der seit einigen Jahren regelmäßig mit dem Niederländer Michel Mulder und dem in Usbekistan und Deutschland aufgewachsenen, heute ebenfalls in den NL lebenden Drummer Alex Steier durch Europa tourt.

Die Band präsentierte ein Programm aus eigenen Titeln und Covernummer. Mit letzteren würdigt Tony Spinner seine Lieblingsgitarristen. Mit dabei Jimi Hendrix, dessen „Lover Man“ die Band so druckvoll spielte wie der Meister selbst. Von Peter Green waren es gleich zwei Songs: „If You Be My Baby“ und „Green Manalishi“. Und für Eric Clapton steht vielleicht die Memphis Slim-Nummer „Steppin' Out“, die Clapton bei Mayalls Bluesbreakers zu neuem Leben erweckt hatte. Viel Spaß hatte die Band bei den Zugaben noch mit Chuck Berrys „Maybellene“.

Tony Spinner, der zwischen 1999 und 2008 als Tourgitarrist von TOTO auch auf den Stadionbühnen stand, hat seit 1993 neun eigene Al-

ben produziert. In Celle spielte die Band vor allem Stücke aus den letzten drei Alben. Ihre spieltechnische Klasse zeigen die drei Musiker dabei bei rhythmisch akzentuierten Stücken wie „Knucklehead“ und „Let Her Go“ oder bei dem Jazz-Rock-Instrumental „Mr. Mouse“. Bei Rocknummern wie „Dust And Ash“ oder „Low Down Dirty Shame“ wird zudem deutlich, welch guter, ausdrucksvoller Sänger Tony Spinner ist. Neben der Slide-Gitarre werden auch bluesorientierte Songs wie „Tommy Two Guns“ oder „How Long“ von dieser Stimme getragen.

Das Publikum war jedenfalls begeistert und verlangte das diesjährige Höchstmaß an Zugaben. Nachvollziehen lässt sich das bei den Songs (siehe vorher „kursiv“), die Rainer Damisch vom Konzert bei Youtube eingestellt hat – in technisch hervorragender Qualität. Vom Vorjahrskonzert finden sich weitere 10 Aufnahmen bei Youtube: u.a. „Lay Down Your Crutch“, „Stop“ und „Maybellene“, die die Tony Spinner Band auch dieses Jahr spielte.

Wer sich für die Studio-Aufnahmen interessiert: Earth Music for Aliens (2013); Rare Tracks (2011); Down Home Mojo (2011); Rollin' and Tumblin' (2009); Live in Europe (2007).



Fotos: Wolfgang Heermann

Fortschrittliche Errungenschaften praktisch unterstützen

Ein Gespräch mit Christian von der Kampagne „Eine Feuerwehr für Rojava“ über praktische Solidarität im selbstverwalteten Norden Syriens und die politische Situation in der Türkei vor den Neuwahlen.

??: *Seit Juni sammelt ihr Geld für „Eine Feuerwehr für Rojava“. Kannst du kurz erklären, worum es geht?*

!!: In Syrien herrscht bekanntlich seit mehreren Jahren ein verheerender Krieg. Die Folge sind mehrere hunderttausende Tote, mehr als zehn Millionen Flüchtlinge, Armut und Zerstörung. Im „Rojava“ genannten Norden des Landes haben sich die Menschen aufgemacht, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Unabhängig vom Staat organisieren sie das Miteinander in basisdemokratischen Räten, in denen alle gesellschaftlichen Gruppen vertreten sind. Frauen, Jugendliche und Minderheiten schaffen sich zusätzlich eigene Strukturen. In Kooperativen organisieren die Menschen ihre Versorgung selbstständig. Bildungsakademien und Kulturzentren sind wichtige Bestandteile des kommunalen Lebens. Das Ziel ist eine geschlechterbefreite, ökologische und demokratische Gesellschaft. Diese fortschrittlichen Errungenschaften möchten wir praktisch unterstützen und haben deshalb diese Spendenkampagne organisiert.



??: *Und warum ausgerechnet eine Feuerwehr?*

!!: Die bemerkenswerten Entwicklungen in Rojava dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Krieg in der Region herrscht und dass dieser nicht spurenlos an der Gegend vorüberzieht. Vor allem reaktionäre Gruppierungen wie der sogenannte Islamische Staat greifen das Projekt bis heute an. Sie können wohl nicht akzeptieren, dass Frauen dort gleichberechtigt agieren und dass verschiedene Religionen friedlich miteinander leben. In den

Kriegshandlungen wurde große Teile der Infrastruktur zerstört. Es fehlt in vielen Orten an Trinkwasser, Nahrung, medizinischer Versorgung, aber auch an Lösch- und Rettungsfahrzeugen. Darum haben wir beschlossen, in diesem Bereich aktiv zu werden und den Aufbau von Feuerwehr- und Rettungsstrukturen zu unterstützen.

??: *In der „Koalition gegen den IS“ beteiligen sich Staaten an militärischen Aktionen. Kommen von diesen Staaten nicht auch schon Hilfsgüter ins Land?*

!!: Es scheint absurd, aber diese Staaten haben sich dazu entschieden, lediglich Bomben über Syrien abzuwerfen, anstatt den Menschen zu helfen. Die Selbstverwaltung in Rojava wird von den meisten Ländern nicht anerkannt. Erschwerend kommt hinzu, dass die Grenzen für Hilfslieferungen weitestgehend geschlossen sind. So sind fast ausschließlich kleine, unabhängige Organisationen vor Ort: Aus Deutschland beispielsweise Medico International und Cadus (ehemals PHNX).

??: *Bei einem Bombenanschlag in Suruç wurden mehr als 30 Personen ermordet, die beim Aufbau der Stadt Kobanê helfen wollten. Hat diese grausame Tat Einfluss auf die Solidarität?*

!!: Ich denke schon, dass der Anschlag die Dinge verändert hat. Er sollte ein Signal an alle sein, die sich solidarisch zu der Revolution in Rojava verhalten; sollte ihnen zeigen, dass sie das Ziel von Angriffen sein werden. Wir halten natürlich auch weiterhin an der Solidarität zu den Menschen dort fest, allerdings wird es nicht einfacher. Wir sind dabei, dies in die Überlegungen zur Umsetzung einzubeziehen, schließlich haben wir eine Verantwortung dafür, dass die Spenden in Rojava ankommen.

Auch die türkische Regierung hat ihre Angriffe auf linke Kräfte wie beispielsweise die HDP und auch DHKP-C verstärkt. Die AKP versucht mit allen Mitteln, an der Macht festzuhalten. Nachdem der von ihnen unterstützte „IS“ an der Grenze zur Türkei von den Selbstverteidigungskräften Rojavas zurückgedrängt wurde und die AKP ihre Alleinherrschaft bei der Parlamentswahl nicht halten konnte, ging sie zum offenen Krieg gegen fortschrittliche politische Bewegungen über. Tausende Menschen wurden festgenommen, die PKK wurde sowohl in der Türkei als auch im Irak angegriffen. In einigen kurdischen Städten in der Türkei wurden Ausgangssperren verhängt und Wohnviertel beschossen. Leichen von Gefallenen wurden hinter Panzer gehängt und durch die Stadt gezogen. Auch die Anschläge auf eine Friedensdemonstration in Ankara, bei denen fast 130 Menschen starben und über 500 verletzt wurden, sind in diesem Kontext zu sehen. Es soll allen Angst gemacht werden, die sich für ein friedliches Miteinander einsetzten, welches wohl nur ohne Erdoğan möglich ist. Ob diese Eskalationspolitik der AKP bei den Neuwahlen am 1. Novem-

ber zum Sieg verhelfen wird, darf bezweifelt werden.

?: Wie geht es nun mit der Kampagne „Eine Feuerwehr für Rojava“ weiter? Nach den Berichten im Juni war von Euch in der Presse kaum etwas zu lesen.

!: Unsere Ideen zu praktischer Solidarität haben zunächst für einige Presseberichte gesorgt. Seitdem haben wir mit Infoständen, Partys, Straßenfesten und in Fußballstadien Geld gesammelt. Einige Freund*innen haben auch gemeinsam gearbeitet, um Geld zusammen zu bekommen. Außerdem haben wir mit Feuerwehren über Unterstützungsmöglichkeiten gesprochen. Nun klären wir, wo genau Feuerwehr- und Rettungsausrüstung hingehen können und was der konkrete Bedarf in den Orten ist. Entsprechend unserer aktuellen Informationslage, überlegen wir den Bereich der Rettung und Bergung stärker mit einzubeziehen. Das ist wohl alles zu unspektakulär, um darüber zu berichten. Für uns geht es aber auf jeden Fall weiter, auch wenn die erschwerten Bedingungen dafür sorgen, dass alles etwas langsamer vorangehen wird, als wir gehofft hatten.

?: Wie kann euer Projekt unterstützt werden?

!: Uns ist vor allem wichtig, dass möglichst viele Menschen von den fortschrittlichen Entwicklungen in Rojava erfahren. Wer die Kampagne unterstützen möchte, kann über unsere Internetseite www.feuerwehrfuerrojava.de gerne spenden.

Spendenkonto: CAR DEST Hilfsorganisation , BANK: Berliner Sparkasse , IBAN:DE8410050000190390336, BIC: BELA-DEBXXX , Verwendungszweck: Feuerwehr



Aktionstag für Hilfskorridor

Am 12. September fand auf dem Heeseplatz eine Soli-Aktion für Rojava statt unter dem Motto „Öffnet die Grenze – Kobanê muss leben!“ Interessierte konnten sich an Infotischen mit Material versorgen, kurdische Leckereien zu sich nehmen und sich dabei fotografieren lassen, wie sie symbolisch eine Tür öffnen. Denn ein Embargo der Türkei verhindert die Lieferung von Hilfsgütern. Neben vielen anderen unterstützten auch Behiye Uca und Oliver Müller von der Ratsfraktion Die Linke/BSG (siehe Foto) die Forderung der Kampagne.



Manhattan

Noch bis zum 22. November wird in der Gotischen Halle des Celler Schlosses die Ausstellung MANHATTAN der in München lebenden Künstlerin Bianca Patricia gezeigt

In der Gotischen Halle des Celler Schlosses lenkt sie das Augenmerk auf einen Aspekt urbanen Lebens: auf Portiers („Doormen“), die nachts in den beleuchteten Eingangshallen Manhattans Firmengebäude und Apartmenthäuser bewachen, während andere schlafen. Auf ihren nächtlichen Streifzügen durch New York hat Bianca Patricia diese Szenerie in einer atmosphärisch dichten Serie farbiger Fotos variantenreich festgehalten: in Zentralperspektive, im Ausschnitt, als Porträt. Sie gibt so den Blick frei auf die stille Welt der Wächter und öffnet dem Betrachter Räume für dessen Assoziationen.

Die Herbstausstellung des Kunstvereins Celle in der Gotischen Halle des Celler Schlosses ist geöffnet jeweils: Dienstag – Sonntag 10 - 13 und 13.30 – 17 Uhr.

Wann reißt der Himmel auf?

Dawn Doneck holt den Cup

Bei widrigsten Wetterbedingungen setzte sich Anfang September beim ersten Revista-Minigolf-Cup nach hartem Kampf Dawn durch – mit für die äußeren Verhältnisse grandiosen 43 Punkten. Erst auf den Bahnen 15 und 16 konnte sie sich um die entscheidenden Punkt gegen Karl absetzen, der zur Halbzeit mit 21 Punkten noch geführt hatte, sich am Ende aber mit 45 knapp geschlagen geben musste. Der vorab als Turnierfavorit gehandelte Deti landete mit 48 Punkten „nur“ auf Platz 3. Die Teamwertung entschied „Lok Hehlentor“ mit 101 Punkten für sich, gefolgt von (nomen est non omen) „The Winners“ und „Team Doko“.



Kein Gott – kein Staat – kein Patriarchat

„Mehr Stolz, ihr Frauen! Wie ist es nur möglich, dass ihr euch nicht aufbäumt gegen die Verachtung, die euch noch immer trifft. - Auch heute noch? Ja, auch heute noch. (...) Mehr Stolz, ihr Frauen! Der Stolze kann missfallen, aber man verachtet ihn nicht. Nur auf den Nacken, der sich beugt, tritt der Fuß des vermeintlichen Herrn.“ Hedwig Dohm (1901)

Als Hedwig Dohm die Frauen zu mehr Stolz aufforderte, existierte der § 218, der Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt, bereits 30 Jahre lang. Heute ist er fast 150 Jahre alt. Es gibt ihn immer noch, jetzt ergänzt um einen Paragraphen, der die Strafe unter bestimmten Bedingungen aussetzt. Ein Zugeständnis an den weltweiten Kampf bewegter Frauen, mit dem auch heute nicht alle einverstanden sind.



Transparent zur „Begrüßung“ der Antifeminist*innen am 19.09.2015 morgens beim Bustreffpunkt „Religion ist scheiße, Opium des Volks – wir entscheiden selber, auch wenn ihr das nicht wollt!“

In Celle gibt es seit 1989 den Verein „Hilfe für Schwangere“ (HfS). Er ruft seit einigen Jahren zur Teilnahme am sogenannten „Marsch für das Leben“ in Berlin auf und organisiert eine Busanreise. Der Marsch ist die zentrale Demonstration fundamentalistischer Christ*innen in der BRD, die hier ihre absolute Verneinung der Entscheidungs- und Handlungsfreiheit schwangerer Personen ausdrücken. Nur ein vollständiges Abtreibungs-Verbot entspricht ihrer religiös-verdrehten Weltanschauung. Als der Verein HfS am 19.09.2015 gemeinschaftlich nach Berlin gefahren ist, regte sich in Celle wenig Widerstand. Wie kommt es zum Ausbleiben feministischer Proteste? Ist diese christlich-fundamentalistische Bewegung schlichtweg unbedeutend?

Der HfS machte es sich zur Aufgabe, Schwangere auf ihrem Weg zu unterstützen. Soweit so gut. In seinem Freundesbrief 2013 wird die Rede der langjährigen Vorsitzenden Anja Schawohl zitiert: „Immer war uns dabei wichtig, die Selbstständigkeit und Persönlichkeit der einzelnen Frau nicht aus den Augen zu verlieren und ihre Entscheidung für oder gegen ein Kind zu akzeptieren“. Die Praxis dieses Vereins ist jedoch eine andere. Der „Marsch für das Leben“ fand dieses Jahr unter dem Slogan „Gemeinsam für das Leben - für ein Europa ohne Abtreibung und Euthanasie!“ statt. Wie nun die vehemente Ablehnung von Abtreibung einerseits und die Akzeptanz gegenüber der Selbstbestimmung der Frauen andererseits zusammenpassen, ist völlig schleierhaft.

Christ*innen lehnen Schwangerschaftsabbrüche i.d.R. generell ab, da sie aus religiösen Überzeugungen bereits befruchteten Eizellen eine Seele zusprechen. Es stellt sich die grundsätzliche Frage: Wer IST überhaupt und ab wann? Das ist natürlich eine Frage, an der sich die Wege scheiden. Sie ist zutiefst moralisch, ein ja oder nein kann ungeordnet nicht gegeben werden. Über ihre Moral muss jede einzelne selbst entscheiden. Beide Entscheidungen - für oder gegen ein Kind - sind unbedingt legitim, wenn sie tatsächlich selbstbestimmt getroffen wurden (was bei einem Diktat Gottes fraglich ist ...).

Märsche, Vereine, Menschen, die sich für das Verbot von Abtreibungen einsetzen und die Entscheidung für eine Abtreibung ächten, stellen sich somit ganz direkt gegen die Befreiung der Frau. Sie sprechen ihr die Selbstbestimmung über Körper, Denken und eigenes Leben einfach ab. Ein solch übergriffiges, anti-emanzipatorisches Verhalten ist nie unbedeutend. Antifeminismus ist nie unbedeutend. Die Befreiung der Frau ist kein Nebenwiderspruch!

Die umfassende gesellschaftliche Relevanz des „Marsch für das Leben“ und des kleinen Celler Vereins HfS wird deutlich, wenn sie als anti-emanzipatorische Teilbereichsbewegung im Gesamtzusammenhang betrachtet werden. Soll heißen: Sie bearbeiten einen gesellschaftlichen Teilbereich, konkret das Verbot der reproduktiven Selbstbestimmung (der selbstständigen Entscheidung für/gegen einen Schwangerschaftsabbruch). Hierbei lassen sie genau den Gesamtzusammenhang außen vor. Wir können sie daher als eine anti-emanzipatorische Teilbereichsbewegung bezeichnen. Von diesen gibt

Global Climate March am 29. November 2015 – auch in Celle

Laternenumzug gegen Klimawandel

es noch mehr: die (PE)GIDA-Demos (äußern sich rassistisch-völkisch), die Kundgebungen der „Besorgten Eltern“ (hetzen gegen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt) usw. Sie können vielleicht nicht gleichgesetzt werden, weisen aber doch wichtige Gemeinsamkeiten auf: All diese reaktionären Strömungen berufen sich auf „alte Werte“, auf „deutsche“ oder „europäische Leitkultur“ und rechtfertigen damit menschenverachtende Inhalte. An ALLEN von ihnen sind organisierte rechte Strukturen beteiligt (z.B. PI News, AfD, NPD). Sie sehen sich selbst als Opfer der von fortschrittlichen Bewegungen erstrittenen gesellschaftlichen Veränderungen. Sie fühlen sich von „Homo-Ehe“, Frauenquote, Trans*- und Inter*geschlechtlichkeit, geflüchteten Menschen, nichtchristlichen Religionen und vielem mehr bedroht. Hierbei werden aber eben die Teilbereiche nur einzeln bearbeitet, sie werden nicht in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge eingebunden, Machtverhältnisse werden ausgeblendet. Daran ausgerichtete, emanzipatorische Gesellschaftskritik wird ins Bedrohliche verzerrt. So wird bspw. die Förderung von Mädchen* zur vermeintlichen Unterdrückung und Diskriminierung von Jungen*. Das alles erscheint uns nun eher als altbekannt. Neu ist aber, dass diese anti-emanzipatorischen Strömungen sich als „Bürgerrechtsbewegungen“ explizit als Widerstands- bzw. Gegenbewegungen verstehen. Unter dem Motto „Es muss jetzt endlich mal gesagt werden, dass ...“ werden Inhalte verbreitet, die bisher eher Gruppen zugeschrieben wurden, die als faschistisch bekannt sind. Auch aufgrund dieser Tabubruch-Sprechweise und der Selbstdarstellung als Stellvertreter*innen der schweigenden Masse gelingt es ihnen, tausende Menschen auf die Straße zu bringen. Und nicht zuletzt durch die Politik, die verkündet, dass diese Ängste der Bevölkerung ernst genommen werden müssten, werden Rassismus, Sexismus, Homo-, Trans*- und Inter*feindlichkeit, antimuslimischer Rassismus und andere anti-emanzipatorische Positionen zunehmend normalisiert.

In feministischen Frauen*kreisen würde keine auf die Idee kommen, die „Bedeutung“ der einzelnen anti-emanzipatorischen Teilbereichsbewegungen abzustreiten. Keine würde die Forderung nach einem Verbot des Selbstbestimmungsrechts von Frauen als gesellschaftlich irrelevantes Spezialthema bewerten. Im Gegenteil: Es ist irrelevant!

Auffällig ist, dass die Hinterfragung der gesellschaftlichen Relevanz sexistischer Bewegungen, stets die erste Frage in gemischtgeschlechtlichen* Diskursen ist. Auch in links orientierten politischen Gruppen und Medien. Männer sind es, die die Grußbotschaften für den „Marsch für das Leben“ schreiben, und Männer sind es, die diese wiederum für unwichtig erklären. Hiermit wäre nun auch die Frage beantwortet, warum sich am 19. September in Celle kein breiter feministischer Protest geregt hat: Die Relevanz dieser Thematik wird weggeredet.

„Wenn Männer schwanger werden könnten, wäre die Abtreibung längst ein Sakrament.“ Florynce Kennedy (1976). Wir leben im kapitalistischen Patriarchat. Niemand wird uns Frauen befreien außer uns selbst!

Bei der UN-Klimakonferenz COP21 in Paris soll als Nachfolgevertrag für das Kyoto-Protokoll ein neues Abkommen mit verbindlichen Zielen für alle 194 Mitgliedsstaaten vereinbart werden. Die Konferenz läuft vom 30. November bis zum 12. Dezember. Am Tag, bevor die Konferenz beginnt, gibt es weltweit Aktionen („Global Climate March“). Dazu gehören große Demonstrationen in New York (siehe Foto), London und Paris, aber es ist auch ein dezentraler Aktionstag: Weltweit sind bereits 1000 Events angemeldet worden. Beim letztjährigen People's Climate March gingen fast 700.000 Menschen rund um den Globus für den Klimaschutz auf die Straße.

Am Sonntag, den 29.11., startet um 16.30 Uhr vor der Stadtbibliothek am Arno-Schmidt-Platz ein Laternenumzug durch die Altstadt, mit dem die Initiative eins klar machen will: Es geht in Paris um Klimagerechtigkeit unter und zwischen den Generationen. „Bei einem Laternenumzug sind zumeist drei Generationen gemeinsam unterwegs“, erklärt die LIST-Sprecherin Lilian Stachel den Hintergrund: „Wir wollen, dass der Raubbau an den Überlebensgrundlagen unserer Kinder ein Ende hat. Und wir wollen, dass es den Kindern auf der schon vom Klimawandel stärker betroffenen Südhälfte der Welt nicht schlechter geht als unseren.“



Bildlich soll die „350“ ins Zentrum gestellt werden. Denn um einen bewohnbaren Planeten zu erhalten, sollte die Menge an CO₂ in der Atmosphäre von derzeit 400 ppm (Teilchen pro Million) auf unter 350 ppm verringert werden. Um diese Zahl gruppiert sich weltweit eine Vielzahl von Klimaschutzaktivitäten (vgl. www.350.org)

„Es klappt eine riesige Lücke zwischen dem, was notwendig wäre, und dem, was passiert,“ konstatiert Lilian Stachel: „Auch in Paris wird wieder ein Wirtschaftssystem zur Lösung der Probleme angerufen werden, das uns erst in die Klimakatastrophe gebracht hat. Derweil zerirrt die Zeit, die noch bleibt, um einen unumkehrbaren Klimawandel zu verhindern.“

Kriegsdienstverweigerung in Israel

Im November sind die israelischen Kriegsdienstverweigerin Tair Kaminer und der Kriegsdienstverweigerer Yaron Kaplan gemeinsam auf einer Informationstour in Deutschland. Am 17. November, 19 Uhr, sind sie auf Einladung von attac Celle und Rosa Luxemburg Club in der DAA (Spörkenstraße 63) zu Gast.

Beide Gäste arbeiten zusammen mit der israelischen Organisation New Profile. Es ist eine feministische Friedensorganisation, die einen ihrer Schwerpunkte in der Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern und -verweigerinnen sieht. New Profile engagiert sich auch gegen die in Israel allgegenwärtige Militarisierung der Jugend.

Beide Referent*innen haben erst vor kurzer Zeit ihre Kriegsdienstverweigerung erklärt. So z.B. Yaron Kaplan: „Ich entschied mich, nach zwei Jahren Dienst im Militär zu verweigern, um den Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen. Ich bin der Überzeugung, dass wir den PalästinenserInnen die Hand reichen, ihr Leid anerkennen und sie in Freiheit und Würde leben lassen müssen.“

Tair Kaminer und Yaron Kaplan werden sowohl über ihre jeweiligen Motive zur Kriegsdienstverweigerung berichten als auch die Hintergründe sowie die aktuelle Entwicklung des Konflikts in Israel/Palästina aufzeigen.



Die 18-jährige Tair Kaminer wendet sich mit ihrer Entscheidung gegen die Besatzungspolitik der israelischen Regierung in der Westbank und Ost-Jerusalem: „Das israelische Militär übt die Kontrolle über mehr als 3,5 Millionen PalästinenserInnen aus. Ungleichheit zwischen Menschen und Menschenrechtsverletzungen sind die Folge. Aber ich möchte auch auf den Schaden hinweisen, den die israelische Gesellschaft davonträgt. Sie ist weit davon entfernt, eine Demokratie zu sein, so lange die Besatzung weiter existiert.“



Der 21-jährige Yaron Kaplan verbindet Entscheidung, jede weitere Dienstleistung zu verweigern, mit dem Wunsch nach einer Friedensinitiative: „Wir müssen den PalästinenserInnen die Hand entgegenstrecken, um den Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen. Ich liebe mein Land. Mein Handeln entspringt der großen Sorge um seine Zu-

kunft. Es ist mein innigster Wunsch, dass das jüdische Volk in Frieden, Wohlstand und Sicherheit im eigenen Land leben kann. Aber es ist auch klar, dass dies nur geschehen kann, wenn wir den PalästinenserInnen ebenfalls zugestehen, dass sie hier in Frieden, Wohlstand und Sicherheit leben. Denn es ist auch ihr Heimatland.“



Tair Kaminer und Yaron Kaplan werden auf der Veranstaltung verschiedene Ansätze zur Verweigerung des Kriegsdienstes in Israel vorstellen und die Bedeutung der Kriegsdienstverweigerung für einen Friedens- und Versöhnungsprozess im Nahen Osten thematisieren.

Sie werden sowohl über ihre jeweiligen Motive zur Kriegsdienstverweigerung berichten, aber auch die Hintergründe und aktuellen Entwicklungen des Konflikts in Israel/Palästina, insbesondere in Bezug auf deren Bedeutung für Jugendliche, beleuchten. Tair Kaminer und Yaron Kaplan sprechen beide Englisch.

Die Veranstaltungsreise wird organisiert von Connection e.V. und dem DFG-VK Bildungswerk Hessen. Ihnen geht es darum, verschiedene Ansätze zur Verweigerung des Kriegsdienstes in Israel vorzustellen und die Bedeutung der Kriegsdienstverweigerung für einen Friedens- und Versöhnungsprozess im Nahen Osten zu thematisieren.

Landraub

Wer das Land besitzt, dem gehört die Zukunft

Es ist noch gar nicht mal so lange her, als Bauern bei uns im Lande gelegentlich die Fruchtfolge *Wiesenland – Ackerland – Bauland* anvisierten, um Großinvestitionen zu finanzieren oder Erb*innen auszuzahlen. Inzwischen braucht es fast keine Umwandlung mehr, denn Ackerland wird zunehmend wertvoll. Pachtkosten stiegen – so das nds. Landwirtschaftsministerium – allein von 2010 bis 2013 um 22 %. Bei den Kaufpreisen betrug die Steigerungsrate seit 2006 etwa 85 %, in manchen Regionen wie in Friesland haben sich die Kaufpreise teilweise sogar verdreifacht. In der Spitze werden Preise bis zu 60.000 Euro für den Hektar Land bezahlt.

Was sich hier in nächster Nähe zeigt, ist spätestens seit der sogenannten Finanzkrise 2008 ein globaler Trend. Zwischen 2001 und 2010 haben rund 230 Millionen Hektar Ackerland (eine Fläche, so groß wie Westeuropa) in Entwicklungsländern den Besitzer gewechselt. Hier hat sich ein Geschäftsfeld aufgetan nicht nur für Agro-Konzerne, sondern auch für Banken, Pensions- und Investmentfonds. Sie eignen sich riesige Ländereien an und sichern sich den Zugriff auf die wichtigste Ressource dieser Welt sichern. Statt Bäuerinnen und Bauern bestimmen dann Profitinteressen darüber, was mit den Böden und letztlich unserer Lebensgrundlagen geschieht.

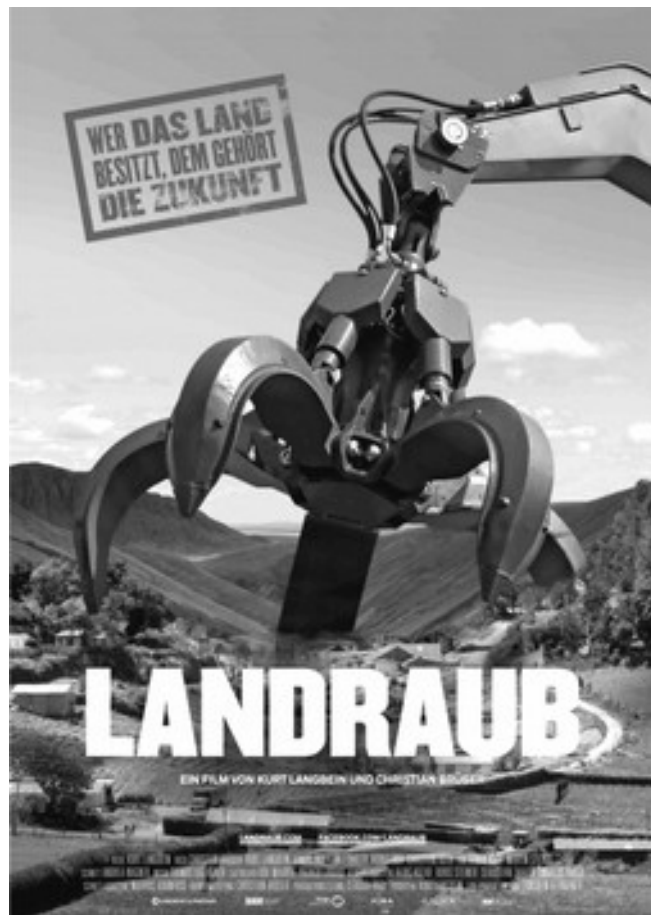
Die österreichischen Dokumentarfilmer Christian Brüser und Kurt Langbein haben für ihre aktuelle Produktion »Landraub« die Täter und die Opfer dieses neuen Kolonialismus besucht. Die Schauplätze ihrer Recherche sind u.a.: Rumänien, Kambodscha, Malaysia, Indonesien, Äthiopien. Die Plantagenprodukte, um die es geht: Soja, Kautschuk, Palmöl, Bio-Kraftstoffe.

Und entgegen einem eingängigen Vorurteil, sind es nicht „die Chinesen“ die beim Landgrabbing die Nase vorn haben, sondern Europa: 44 % aller Finanzmittel, die weltweit in Bodenwerte fließen, stammen aus europäischen Geldhäusern. Und 60 % der Agrarrohstoffe, die in Europa konsumiert werden, wachsen nicht hier, sondern in Ländern des Südens, die ihr Ackerland dringend für das eigene Überleben brauchen.

Der Film dröseln auf, wie alles mit allem zusammenhängt. Er geht Fragen nach wie der Bedeutung von Palmöl für die Nahrungsmittelindustrie oder der problematischen Wirkung des EU-Programms „*Everything but Arms*“, was z.B. den Zuckerrohrplantagen in einigen asiatischen Ländern wieder Auftrieb zuungunsten der Kleinbauern verschafft.

Auch dass und wie diese Entwicklungen Auswirkungen auf den Klimawandel haben, wird behandelt. In den Schulmaterialien zum Film wird eine Hochrechnung des Potsdamer Agrarforschers Peter Clausing vorgestellt:

Kleinbauern produzieren zehnmal mehr Energie, als sie verbrauchen. Genau umgekehrt ist es bei der industri-



ellen Landwirtschaft mit ihrem massiven Einsatz an Maschinen, Treibstoff und Chemie. Die Agrarindustrie verbraucht zehnmal mehr Energie, als sie herstellt. Damit würde die Umwandlung der Bodennutzung von kleinbäuerlichem Handwerk auf Großindustrie etwa so heftige Auswirkungen auf das Weltklima haben, wie die Umwandlung von Wald in Ackerfläche bereits gehabt hat.

„Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“ ist der zentrale Slogan der Flüchtlingsorganisation »Karawane«. Und es sind eben nicht allein Krieg und Gewalt, die Menschen dazu veranlassen, ihre Heimat zu verlassen. Für Millionen Menschen zerstören Landraub und Agrarpolitik ihre Lebensgrundlage und dann heißt es eben: „Etwas Besseres als den Tod findest du überall.“

Auf der Homepage zum Film gibt's zum Download „Schulmaterialien“. In insgesamt 10 Blöcken werden die Themen des Films vertieft, z.B. „EU-Programm Everything but Arms“, „Palmöl - Segen oder Fluch?“, „Bio-Kraftstoffe“ oder „Ökologischer Fußabdruck“.

Parallel zum Film ist zudem ein Buch erschienen, das thematisch eng am Film bleibt: Landraub – Eine globale Jagd nach Ackerland. ISBN: 978-3711000736, EcoWin Verlag, 192 Seiten, 21,45 Euro.

LANDRAUB

Ein Film von Kurt Langbein und Christian Brüser, Österreich 2015, 95 Minuten - am 27. und 28. November im Kino achteinhalb; Kooperationspartner: „Land in Sicht / Transition“ (LIST) Celle.



Kino 8 1/2 im Nov./Dez.

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



**06. und 07. November – sowie
Mi., 11. November, 19.30**

Die Lügen der Sieger

Der Star-Reporter eines politischen Nachrichtenmagazins, der bei Recherchen über Unregelmäßigkeiten bei der Bundeswehr feststeckt, kommt gemeinsam mit einer Praktikantin einem Giftmüll-Skandal auf die Spur. Ambitionierter investigativer Paranoia-Thriller, der die vertrauten Erzählmuster des Genres durch die Dramaturgie einer „musikalischen Montage“ bis an ihre Grenzen führt. Damit artikuliert der Film das Unbehagen an einer perfiden Verschränkung von Politik, Medien und Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter, was zu einer nachhaltigen Verunsicherung führt.

D/F 2014, Kinostart: 18. Juni 2015, 112 Minuten

13. und 14. November

A Royal Night

Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 wollen die beiden Töchter des britischen Königs an den Siegesfeiern teilnehmen. Als die Prinzessinnen Elizabeth und Margaret ihren Aufpassern entweichen und getrennt werden, beginnt eine Odyssee durch die Londoner Nacht, bei der Elizabeth zarte Bande mit einem jungen Soldaten knüpft. Furiose, einfallsreiche Screwball-Komödie, die auf höchst amüsante Weise ein „Was wäre wenn“-Szenario mit der britischen Königsfamilie entfaltet. Vor allem dank der fulminanten Hauptdarstellerin verbinden sich mit bemerkenswerter Leichtigkeit märchenhafte und realistische Elemente.

GB 2015, Kinostart: 1. Oktober 2015, 98 Minuten

20. und 21. November

Der Staat gegen Fritz Bauer

Mitte der 1950er-Jahre erhält der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer (1903-1968) einen Hinweis auf den Aufenthalt von Adolf Eichmann. Um den früheren SS-Obersturmbannführer vor Gericht zu stellen, braucht er die Hilfe des israelischen Geheimdiensts, weil seine Bemühungen, die Verantwortlichen des NS-Staats juristisch zu belangen, von allen Seiten hintertrieben werden. Der kammerspielartige Film setzt dem mutigen Juristen glaubwürdig ein Denkmal, schwankt dabei aber etwas unentschlossen zwischen

Reenactment, Genre-Konventionen und vorsichtiger Abstraktion.

D 2015, Kinostart: 1. Oktober 2015, 105 Minuten

Mi., 25. November, 19.30

Mediterranea

Um eine neue Existenzgrundlage in Europa zu finden und so auch besser für seine Tochter und seine Schwester sorgen zu können, verlässt Ayiva (Koudous Seihon) sein Heimatland Burkina Faso. Über Kontakte zu einem Schmuggler-Ring schafft er es gemeinsam mit seinem besten Freund Abas (Alassane Sy) auf ein Flüchtlingsboot. Als dieses allerdings kentert, kostet es die beiden viel Kraft, lebend an die italienische Küste zu kommen. Dort müssen sie dann auch feststellen, dass die harte Realität für afrikanische Einwanderer in Italien weitaus düsterer aussieht, als sie es sich anhand der enthusiastischen Nachrichten ihres Freundes Mades (Adam Gnegne) ausgemalt hatten. Dennoch gelingt es den beiden nach einiger Zeit, sich trotz aller Widrigkeiten allmählich einzuleben. Doch bringen aufkommende fremdenfeindliche Unruhen die Freunde schon bald in große Gefahr.

Italien/Frankreich/USA/Deutschland/Qatar 2015 - OmU, Kinostart: 25. Oktober 2015, 107 Minuten

27. und 28. November

Landraub

Bevölkerungsexplosion, Finanzkrise und die „Go Green“-Umwälzungen in der Energiepolitik haben weltweit zu enormen Nachfragen nach Ackerland geführt. Kleinbauern sind dem Druck der Investoren und Unternehmen nicht gewachsen, was eine wachsende Verarmung und soziale Spannung nach sich zieht. Mit einer Fülle an Beispielen und Gesprächspartnern zeichnet der Dokumentarfilm einen beunruhigenden Trend nach. Zwar wird die Verantwortung der Politik dabei nur unzureichend gewichtet, dennoch vermittelt die konzentrierte, kontrapunktisch strukturierte Erzählweise tiefe Einblicke in die Strukturen einer immer ungerichteter werdenden Welt.

D/Österreich 2015, Kinostart: 8. Oktober 2015, 91 Minuten

Mi., 09. Dezember, 19.30

Taxi Teheran

Ein Taxi fährt durch die Straßen Teherans, auf dem Armaturenbrett ist eine Kamera installiert. Am Steuer sitzt der mit einem Berufsverbot belegte iranische Regisseur Jafar Panahi. Während unterschiedliche Fahrgäste ein- und aussteigen, kommt es zu Gesprächen und kleinen dramatischen Szenen, die die politische und gesellschaftliche Realität im Iran beschreiben: Themen wie Zensur, Geschlechterungleichheit, Armut, Aberglaube und die Scharia. Trotz der begrenzten Mittel erweitert Panahi beständig den Raum seines mobilen Filmstudios. Ein beeindruckendes Dokument einer politischen Zwangslage, aber auch eine Feier des Kinos als Möglichkeitsraum.

Iran 2015, Kinostart: 23. Juli 2015, 82 Min. - Eintritt frei.

Politische Termine in und um Celle

Mo., 02. November, 19.00

„Migration und Demografie“ - Einwanderung in Deutschland - Chance für eine alternde Gesellschaft?

Referent: Dr. Steffen Angenendt

Veranstaltung der Stadt Celle zum Bürgerdialog

Alte Exerzierhalle, Eintritt frei

Do., 05. November, 12.00

Kundgebung: „Die Stunde der Wahrheit im Kampf gegen den Neubau“

mehr auf S. 8, Anmelder:

Aktionsbündnis gegen Trassenneubau

Ort: CongressUnion

Do., 05. November, 18.30

Der Fall Griechenland: Von der Schuldenkrise zur Krise der Europäischen Union

Referent: Dr. Gregor Kritidis, Han.

VHS, Trift 17, Raum 3, Gebühr: 10,00 (Kursnummer 15BCE1201)

So., 08. November, 14.30

Zur Erinnerung an die Pogromnacht – Zeitgeschichtlicher Rundgang

Die Führung mit Reinhard Rohde und Tim Wegener führt an Orte, die für Opfer, Täter und Zuschauer in der Zeit des Nationalsozialismus von Bedeutung waren.

Beginn: Synagoge, Im Kreise

Mo., 09. November, 19.00

Boris Dorfman – A mentsh

Anschl. Gespräch mit den Filmemacher*innen Uwe und Gabriela von Seltmann, Krakau

Synagoge, Im Kreise 24, Eintritt frei

Mi., 11. November, 19.30

Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) - Wirtschaften zum Wohle aller Wie kann das gehen?

Die Gemeinwohl-Ökonomie(GWÖ) will den Werte-Widerspruch zwischen Wirtschaft und Gesellschaft auflösen, indem in der Wirtschaft dieselben Verhalten und Werte belohnt und gefördert werden sollen, die unsere zwischenmenschliche Beziehungen gelingen lassen: Vertrauensbildung, Wertschätzung, Kooperation, Solidarität und Teilen.

VHS, Trift 20 (Saal), Gebühr: 10,00 (Kursnummer: 15BCE1220)

Mo., 16. November, 19.00

„Zuwanderung in Deutschland – eine sozialwissenschaftliche Betrachtung“ - Brauchen wir eine neue Leitkultur und wie könnte sie aussehen?

Referentin: Prof. Dr. Naika Foroutan

Veranstaltung der Stadt Celle zum Bürgerdialog

Alte Exerzierhalle, Eintritt frei

Di., 17. November, 19.00

Gefühlserbschaften: Zur Psychologie des Antisemitismus

Referent: Sebastian Winter

VHS, Trift 20, Saal - keine Gebühr, um Anmeldung für Kurs 15BCE1262 wird gebeten.

Mi., 18. November, 19.00

Israel / Palästina – Aktiv gegen Krieg und Militarisierung

Mit Tair Kaminer und Yaron Kaplan mehr auf S. 28

Veranst.: attac Celle und Rosa Luxemburg Club

DAA (Spörkenstraße 63), Eintritt frei

Mi., 18. November, 19.00

Flucht und Asyl, weltweit und in Niedersachsen

Kai Weber, Geschäftsführer des Niedersächsischen Flüchtlingsrats, informiert über die aktuelle Situation in Deutschland, insbesondere in Niedersachsen.

Gebühren frei, Anmeldung unter Kursnummer: 15BCE1230 erbeten

VHS, Trift 20, Saal

Di., 24. November, 18.30

Offensiv, autonom, militant – wie die Antifa entstand

Vortrag: Bernd Langer, mehr auf S. 22

Veranstalter: Rosa Luxemburg Club und Buntes Haus Celle

Buntes Haus Celle, Eintritt frei

So., 29. November, 16.30

Global Climate March - Laternenumzug für Klimagerechtigkeit

mehr auf S. 19, Veranstalter: LIST

Beginn: Stadtbibliothek Celle

Mo., 07. Dezember, 19.00

„Flüchtlinge im Gespräch“

Veranstaltung der Stadt Celle

Alte Exerzierhalle, Eintritt frei

So., 13. Dezember, 15.00

Literatur Links

Bücher des Jahres – vorgestellt von Freund*innen des Rosa Luxemburg Club

DGB-Büro, Trift 16

Sa., 19. Dezember, 14.00

Kundgebung - Gemeinsam gegen die Nazitreffen in Eschede

Treffpunkt: Eschede an der Kreuzung Am Dornbusch / Zum Finkenberg

Kunst & Kultur

Mo., 02. November, 20.00

Graine Duffy

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 06. November, 18.00

Asylant im Wunderland

CDK, Halle 19, Eintritt frei

Fr., 06. November, 20.00

Gransten Blues Band

Aimely Fabrik Lounge, Eintritt frei

Sa., 07. November, 19.00

Urgestein der Celler Rockmusik

CRI-Räume, Hannoversche Str. 30

Sa., 07. November, 20.00

The Sex Pistols Experience

Kaffeegarten Sülze, AK 15,00

So., 08. November, 20.00

Lachy Doley

Herzog Ernst, Eintritt frei

Mi., 11. November, 19.30

Big Band Celle

Lobetalarbeit Celle, Fuhrberger Landstr./Garnseeweg, Eintritt frei

Do., 12. November, 20.00

Saor Patrol

CD Kaserne, VVK 16,90 / AK 18,00

Sa., 14. November, 20.00

Jam Session

CRI-Räume, Hannoversche Str. 30

Sa., 14. November, 21.00

Hellfire

CD Kaserne, VVK 14,90 / AK 16,00

Mo., 16. November, 20.00

Cut The Funk

Herzog Ernst, Eintritt frei

Do., 19. November, 20.00

The Cashbags

CD Kaserne, VVK 26,00 / AK 29,00

Fr., 20. November, 20.00

Session mit Dima Mondello

Kunst & Bühne, Nordwall 46

Sa., 21. November, 20.00

Wolfgang Kalb

Aimely Fabrik Lounge, Eintritt frei

Sa., 21. November, 20.00

Friday Night Trio

CD Kaserne, VVK 19,90 / AK 22,90

So., 22. November, 20.00

Modern Earl

Herzog Ernst, Eintritt frei

Di., 24. November, 20.00

Wingfelder – Retro live

CD Kaserne, VVK 26,90 / AK 30,00

Fr., 27. November, 20.00

Open Stage

CRI-Räume, Hannoversche Str. 30

Do., 03. Dezember, 20.00

Stoppok

CD Kaserne, VVK 22,90 / AK 26,00

Sa., 05. Dezember, 20.00

Ben Arnold & Scott Bricklin

Aimely Fabrik Lounge, Eintritt frei

Mo., 07. Dezember, 20.00

Station House feat. Sam Kelly

Herzog Ernst, Eintritt frei

Mi., 09. Dezember, 19.30

Big Band Celle

Kreistagssaal, Trift, Eintritt frei

Ständige Termine

Arbeitskreis „Eine Welt“

Jeden Mi. 19.00 Uhr
Weltladen, Zöllnerstr. 29

Weltladen Öffnungszeiten

Mo.-Fr. 10 – 17, Sa. 10 – 14 Uhr

Buntes Haus Plenum

Jeden Donnerstag, 19.00 Uhr
Hannoversche Str. 30f

Forum gegen Atomenergie

forum-gegen-atomenergie@gmx.de

Land in Sicht / Transition (LIST)

jeden 1. Di. im Mo. 19.30 Uhr,
Buntes Haus, Hannoversche Str. 30f

Montagskneipe

Jeden Montag, 19.00 Uhr
Buntes Haus, Hannoversche Str. 30f

Umsonst-Laden

Jeden Di. und Do., 17.00 – 19.00 Uhr
Buntes Haus, Hannoversche Str. 30f

Fr., 18. Dezember, 19.00

Oldtime-Session

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Fr., 18. Dezember, 21.00

Phillip Boa & the Voodooclub

CD Kaserne, VVK 23,90 / AK 27,00

Sa., 19. Dezember, 19.30

Rocktail

CD Kaserne, VVK 17,90 / AK 20,00

Fr., 25. Dezember, 21.00

Freedom – The Party

CD Kaserne, AK 5,00

Sa., 26. Dezember, 19.30

X-Mas Jam - reloaded

CD Kaserne, VVK 5,00

So., 27. Dezember, 20.00

Pille Palle

Aimely Fabrik Lounge, Eintritt frei